H. W. L.
MAR 11 1927

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 4 • 8. Jahrgang — Berlin, 15. Februar 1927.

Auswirkungen der Völkerbundsverwaltung an der Saar.

Von Richard Posselt.

In Versailles ist bekanntlich für das Saarbeckengebiet eine Regelung zustande gekommen, die für notwendig gehalten wurde, einmal, weil die Uebertragung der Saargruben an Frankreich als „ein sichtbares und klares Symbol" der Deutschland aufzuerlegenden Reparationen darstellen, zum andern, weil die damit verbundene Verwaltung des abgegrenzten Gebiets durch eine besondere Kommission des Völkerbundes die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung dieses Gebietes sicherstellen sollte. Sowohl der Versailler Vertrag wie auch die Instruktionen des Völkerbundrates an die Regierungskommission des Saargebiets weisen mit besonderer Dringlichkeit darauf hin, daß diese in Versailles für das Saarbeckengebiet getroffene Regelung die wirtschaftlichen Interessen, die Wohlfahrt und die Rechte der Saargebietsbevölkerung nicht berühren sollen.

Wenn es richtig wäre, daß man in Versailles der Ueberzeugung war, im Saargebiet gäbe es eine Mischbevölkerung — der man 15 Jahre Bedenkzeit geben wollte, welchem Staat sie nach dieser Zeit angehören wollen — dann wäre diese Regelung von Versailles in ihrem Grundgedanken vielleicht zweckmäßig gewesen. Aber die Voraussetzungen für eine solche Regelung — Vorhandensein einer Mischbevölkerung — waren nicht gegeben, weil es sich um eine rein deutsche Bevölkerung handelt. Es hat sich aber auch längst ergeben, daß „Besorgnisse um das Wohlergehen und um die Rechte der Bevölkerung" nicht das Ausschlaggebende für die Saargebietsregelung waren, bestimmend war vielmehr das französische Bestreben, die zunächst verlangte Annexion des Saargebiets durch Frankreich mit Hilfe der „Verwaltungskommission" des Völkerbundes und unter dem beherrschenden Wirtschaftsdruck der französischen Grubenverwaltung an der Saar nachträglich noch herbeizuführen.

Solange Frankreich noch ohne Widerspruch sich einer Vormachtstellung im Völkerbund rühmen durfte, und solange französische Bestrebungen außerhalb des Völkerbundes ohne Widerspruch desselben durchgeführt werden durften, auch wenn diese mit vertraglichen Bestimmungen nicht im Einklang standen, solange durfte man sich nicht darüber wundern, daß Frankreich mit Hilfe der Saarregierung und der Saargrubenverwaltung nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch das Saargebiet vollkommen beherrschte. Der Exponent dieser französischen Bestrebungen an der Saar war der französische Staatsrat Rault, der seinerzeit unter sehr lebhaftem, allerdings hinter den Völkerbundskulissen erhobenem Widerspruch Englands zum ersten Saarpräsidenten bestimmt wurde, und der seine Maßnahmen während seiner sechsjährigen Tätigkeit lediglich nach dem Auftrag richtete, der ihm im Jahre 1921 von Loucheur noch besonders eingeschärft wurde, „stets eingedenk zu sein, was Frankreich von ihm erwartet".

Nach Locarno und nach dem deutschen Völkerbundseintritt durfte Frankreich auch im Saargebiet eine solche Politik nicht mehr verfolgen. Trotzdem muß festgestellt werden, daß die Verhältnisse im Saargebiet, soweit sie auf die Maßnahmen der Saarregierung zurückzuführen sind, sich noch nicht so wesentlich geändert haben, daß man davon sprechen könnte, die Saarregierung lasse sich bei all ihren Verwaltungsmaßnahmen allein von der Sorge um das „Wohlergehen und die Rechte der Bevölkerung" leiten. Zunächst bleibt festzustellen, daß der fünfgliedrige Verwaltungsausschuß des Völkerbundes an der Saar noch immer eine französisch-belgisch-tschechische Mehrheit aufweist, die restlos im Sinne des alten Kurses einseitig die politischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs im Saargebiet zu vertreten sich bemüht. Jedenfalls sind die Wohlfahrt und die Rechte der Bevölkerung auch heute noch nicht die alleinigen Interessen, nach welchen die Saarregierung ihre Maßnahmen einstellt.

Eine Frage, die in dem gegenwärtigen Augenblick der Stabilisierungskrise an der Saar im Vordergrund der wirtschaftlichen und politischen Erörterungen steht, ist die der Steuerverteilung. § 13 des Saarstatuts bestimmt, daß „die Beiträge der Gruben und ihrer Nebenanlagen zu dem örtlichen Haushalt des Saarbeckens wie zu den Gemeindeaufgaben unter gebührender Berücksichtigung des Verhältnisses des Wertes der Gruben zu dem steuerpflichtigen Vermögen des Saarbeckens festgesetzt werden". Nach einwandfreier Schätzung der steuerpflichtigen Werte des Saargebiets müßte auf den französischen Steuerfiskus ein Steuersoll von mindestens ungefähr $^3/_{10}$ des Gesamtsteueraufkommens entfallen. Die Regierungskommission des Saargebiets hat aber unter der damaligen Führung des Herrn Rault ohne Befragen der parlamentarischen Vertretung des Landes ein Steuerabkommen mit dem französischen Staat abgeschlossen, der den Steueranteil der französischen Saargruben auf weniger als $^1/_{10}$ zum Gesamthaushalt festsetzt, das sind nahezu 50 Proz. weniger, als der französische Saarfiskus auf Grund des Saarstatuts zahlen müßte. Die Saarregierung hat es in dieser Frage aber hierbei nicht bewenden lassen; jedenfalls betrugen die tatsächlichen Steuerleistungen des französischen Grubenfiskus im Saargebiet nach einer im Saarlandesrat bekanntgegebenen Schätzung nur 8,3 Prozent des Gesamtsteueraufkommens, das ist etwa ¼ dessen, was der französische Staat an Steuern im Saargebiet aufbringen müßte.

Die eigenartige Lage, in der sich das Saargebiet dem Völkerbund gegenüber befindet, hat es bisher nicht vermocht,

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 2, Jahrgang 3, der **„Saarheimatbilder"** bei.

daß sich der Völkerbundsrat mit dieser die materiellen Interessen der Saargebietsbevölkerung aufs stärkste schädigenden Steuerpolitik der Saarregierung befaßt hatte. Eine unparteiische Nachprüfung durch den Völkerbundsrat hätte seit langem hierin eine Vertragsverletzung und Ueberschreitung der Amtsbefugnisse der Saarregierung feststellen müssen.

Damit aber ist die Reihe der nicht geachteten, bzw. offensichtlich verletzten Rechte der Saargebietsbevölkerung durch die Saarregierung nicht erschöpft. Die Frage der Saarbesatzung soll in dem Rahmen dieses Aufsatzes hier ebensowenig erörtert werden, wie die Währungsfrage, die beide so handgreifliche Vertragsbrüche Frankreichs, der Saarregierung und des Völkerbundes darstellen, daß sie ohne irgendwelche juristische Finessen allein auf Grund der in diesem Falle klaren Bestimmungen des Saarstatuts nachgewiesen werden können. Wohl aber muß in diesem Zusammenhang *die Frage der Saareisenbahnen* berührt werden. § 22 des Saarstatuts sagt hierüber, daß „der Regierungsausschuß die volle Nutznießung des gesamten Eigentums hat, das bisher der Kaiserlich deutschen Regierung oder der Regierung irgendeines deutschen Staates im Saarbecken als öffentliches oder privates Staatseigentum gehörte". Nach § 6 des genannten Statuts darf auf den Eisenbahnen kein Tarif eingeführt werden, der die Beförderung des Personals und die der Erzeugnisse der Gruben beeinträchtigt. Aus diesen beiden Bestimmungen ergibt sich dem Buchstaben und dem Geiste nach, daß einmal hinsichtlich der Eisenbahnen des Saarbeckengebietes die Saarregierung die *volle* Nutznießung der Eisenbahnen in dem Umfang der bisherigen Nutznießer hat, und daß dem französischen Grubenfiskus an der Saar keine höheren Tarife auferlegt werden dürfen, als wie sie für den allgemeinen Verkehr zur Anwendung kommen. Trotz dieser eindeutigen Bestimmungen verzichtet die Saarregierung zugunsten des französischen Grubenfiskus teilweise auf die volle Nutznießung der Saargruben, indem sie für die Beförderung der Kohlen aus den französischen Saargruben *dem französischen Grubenfiskus Sondertarife* mit wesentlich niedrigeren Sätzen zubilligte, als sie für den gleichen Zweck von den Bewohnern des Saarbeckengebiets zur Erhebung kommen. Auch in diesem Falle muß das durch die den französischen Staat begünstigende Tarifpolitik der Saarregierung hervorgerufene Defizit der Saarbahnen mit den Steuergroschen der Bevölkerung gedeckt werden.

Eine dritte Vertragsverletzung muß darin erblickt werden, daß die Saarregierung die aus den Steuer- und Zollbeträgen aufkommenden *Gelder als nicht wertbeständige Kredite an die im Saargebiet bestehenden französischen Banken gewährt*, während die saardeutsche Industrie keine Möglichkeit findet, aus den öffentlichen Geldern irgendwelche Kredite zu erhalten. Mehr als 150 Millionen Franken sind unter diesen Umständen den französischen Banken des Saargebiets kreditweise gegeben worden, sind dadurch dem Geldbedarf des Saargebiets verloren gegangen, weil die französischen Banken des Saargebiets nur in ganz vereinzelten Fällen diese ihnen gewährten Kredite aus öffentlichen Geldern des Saargebiets für das Saargebiet in der einen oder andern Form zur Verfügung gestellt haben. Aber nicht nur der Umstand, daß die Saarregierung bei ihrer Kreditpolitik keinerlei Rücksicht auf das Geldbedürfnis des Gebiets genommen hat, auch die Tatsache, daß durch die den französischen Banken zu geringem Zinsfuß gewährten nicht wertbeständigen Kredite *etwa 40 Millionen Franken dem Saargebiet verloren gegangen* sind, ist ein hinreichender Grund, den Völkerbundsrat zu einem Einschreiten gegen die Saarregierung wegen Verletzung ihrer treuhänderischen Pflichten zu veranlassen.

Ueberhaupt nicht abzuschätzen sind aber die *materiellen und moralischen Schäden*, die die *rentenbeziehenden Kreise der Saargebietsbevölkerung* dadurch erlitten haben, daß die Saarregierung das gesamte *Sozialversicherungswesen des Saargebiets von dem des deutschen Reiches abgetrennt* und eigene Versicherungsanstalten im Saargebiet errichtet hat. Für ein solches Vorgehen lag weder eine Vertragsgrundlage noch vor allem ein zwingender Anlaß vor. Der § 24 des Saarstatuts bestimmt vielmehr, daß „die Rechte der Einwohner des Saarbeckens in Versicherungs- und Rentenangelegenheiten durch keine der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages berührt werden dürfen", und daß „Deutschland und die Regierung des Saarbeckens alle erwähnten Rechte zu erhalten und zu beschützen" haben. Durch die Abtrennung der saarländischen Sozialversicherung von der des Reiches sind diese Rechte nicht nur nicht gesichert worden, sondern haben eine durch nichts gerechtfertigte Schmälerung und Einschränkung erfahren, die den Grundgedanken der deutschen Sozialversicherung praktisch ausgeschaltet haben. Eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse auf dem Gebiet des Sozialversicherungswesens im Saargebiet hätte von der Saarregierung nur in dem Falle erwogen werden dürfen, falls durch irgendeinen Umstand als Auswirkung der veränderten Verhältnisse an der Saar die Rechte der Versicherungsnehmer auf Grund der bestehenden Bestimmungen beeinträchtigt worden wären. In diesem Falle hätte die Abänderung der bestehenden Bestimmungen durch die Saarregierung damit begründet werden können, daß nach den Zusicherungen der alliierten und assoziierten Mächte durch die Neuregelung der Verhältnisse an der Saar „den Bewohnern des Gebietes selbst keinerlei materieller oder moralischer Schaden erwachsen dürfe", und daß nach den Instruktionen des Völkerbundrates an die Regierungskommission dieses „keine anderen Aufgaben als die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung" haben dürfe.

Solche Erwägungen waren aber bei der Regierungskommission des Saargebiets bei der Abtrennung der Sozialversicherung des Saargebiets von der des Deutschen Reiches ebensowenig maßgebend, wie bei der Einführung der Frankenwährung. Man hatte lediglich das *politische Ziel* vor Augen, *alle Verbindungen des Saargebiets mit dem Deutschen Reiche zu lösen*, um dadurch die Umstellung nach Westen leichter durchführen zu können. Da aber diese Politik schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für die Bevölkerung insgesamt bzw. für bestimmte Kreise der Bevölkerung im Gefolge hatte, so wäre es Aufgabe des Völkerbundes gewesen, die Saarregierung an ihre Pflicht zu erinnern, „der Bevölkerung an der Saar jeden materiellen oder moralischen Schaden zu ersparen". Das ist bisher nicht geschehen und deshalb muß dem Völkerbund der schwere Vorwurf gemacht werden, daß er eine Vertragsverletzung der Saarregierung, die sich zum Schaden der Bevölkerung auswirkte, gutgeheißen hat.

Wenn man sich dem Völkerbund gegenüber völlig unparteiisch einstellt, so wird man nicht behaupten wollen, daß er, als er die betreffenden Maßnahmen der Saarregierung guthieß, davon überzeugt war, daß sie sich in dieser verhängnisvollen Weise gegen die Bevölkerung auswirken würden. Er konnte wohl der Auffassung sein, daß die Saarregierung auf Grund ihrer lokalen Kenntnisse derartige Vorschläge machte, weil sie im Interesse der Bevölkerung und in der Richtung des ihr gewordenen Auftrages lagen, „keine anderen Interessen zu kennen als die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung". Trotzdem hätte der Völkerbund bei völlig unparteiischer Einstellung die Vorschläge der Saarregierung nicht unter allen Umständen anerkennen dürfen, nachdem durch die berufenen Vertreter der Bevölkerung, durch die von den politischen und parlamentarischen Vertretern der Parteien und — im Falle der sozialen Gesetzgebung — besonders von den knappschaftlichen und gewerkschaftlichen Berufsorganisationen der Arbeiterschaft sehr eingehend begründete Proteste gegen die Maßnahmen der Saarregierung beim Völkerbund erhoben hatten. *Der Völkerbund war darüber unterrichtet, daß die Abtrennung der Sozialversicherung an der Saar von der des Deutschen Reiches gegen den Willen der Bevölkerung und der betroffenen Versicherungsnehmer erfolgte und er ist davon unterrichtet, daß diese Abtrennung von den unheilvollsten Folgen für die Versicherungsunternehmer auch heute noch begleitet ist.*

Hier liegt ein Versagen des Völkerbundes vor, das für jeden Völkerbundsfreund unverständlich ist. Selbst wenn ein starkes politisches Interesse Frankreichs für die Maßnahmen der Saarregierung bestimmend gewesen sein sollte, so mußte der Völkerbund gerade im Falle des Saargebiets jeden Anschein meiden, als ob er sich sein Handeln von Frankreich vorschreiben ließ. Er war zu dieser Neutralitätsdemonstration um so mehr verpflichtet, als es sich in der

Saarheimatbilder

Illustrierte Monatsbeilage
zum
Saar-Freund

Nummer 2 / 3. Jahrgang

Berlin, 15. Februar 1927

An der Blies entlang!

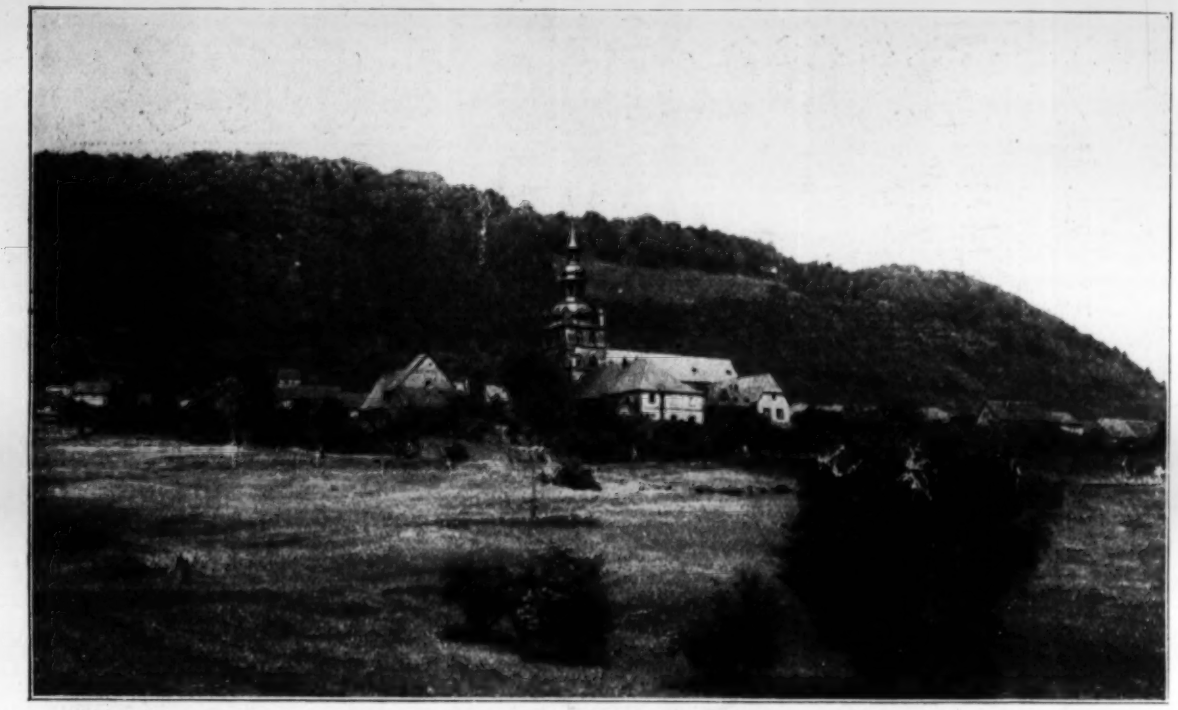
Von Fritz Klövekorn, Saarbrücken.

Photographien sind von M. Wentz, Saarbrücken hergestellt.

In weiten Kreisen des deutschen Vaterlandes fehlt leider immer noch das rechte Verständnis für unser Land an der Saar. Man kann immer wieder die Beobachtung machen, daß man uns einseitig als Wirtschaftsgebiet wertet, und man findet vielfach die Vorstellung verbreitet, als ob es im Saargebiet nicht viel anderes gebe als Kohlenzechen und Eisenhütten und im Gefolge davon Rauch und Ruß und niedrige, graue Häuser mit gedrückten Menschen. Wir im Saarland sind gerade stolz auf die landschaftlichen Schönheiten und auf das, was eine zweitausend Jahre alte Kulturentwicklung hier gestaltet hat. Freilich lag unser Land etwas abgeschlossen von den großen Kulturmittelpunkten, und daraus erklärt es sich, daß eine eigene selbständige Kultur sich nicht entwickeln konnte. Deshalb lehnte es sich an fremde Vorbilder an. Unser Land ist als Grenzland in die großen Gegensätze zwischen Ost und West, in die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich hineingestellt worden, und da ist es interessant zu beobachten, wie Einflüsse kultureller Art von Westen her wohl einzudringen versuchten und auch eindrangen, wie aber doch der Zug nach Trier und nach dem deutschen Rhein immer sich als stärker erweist und wie man hier immer wieder zu den deutschen Vorbildern greift.

An der Bliesquelle.

Wer das Saargebiet kennenlernen will, der darf nicht wie etwa der Student Goethe im Jahre 1770 nur Saarbrücken und das kohlenreiche Sulzbachtal aufsuchen, der darf nicht nur die Gebiete schauen, wo die Eisenwerke das schwere Lied der Arbeit singen, wo Förderschächte die schwarzen Diamanten zutage bringen. Es gibt auch andere Teile im Saarlande, in denen die Umgestaltung der Landschaft durch den Menschen und die Technik Gott sei Dank sich noch nicht vollzogen zogen hat, wo der Mensch noch mit der reinen Natur in herzlicher Intimität zusammenlebt. Unter diesen Teilen nimmt die Bliesgegend eine besondere Stellung ein. Freilich hämmert und raucht es und braust es auch da an einer Stelle,



Tholey mit dem Schaumberg.

wo die Blies, dieser schönste und größte Nebenfluß der Saar, sich durch Neunkirchen hindurchwindet. Aber das ist nur ein kleines dramatisches Intermezzo in der sonst so schönen Idylle des Bliestales.

Und zur landschaftlichen Schönheit der Bliesgegend kommt ein anderes hinzu. Auf Schritt und Tritt in dem Bliestal, von der Quelle bis zur Mündung, spüren wir den Hauch vergangener Jahrhunderte, die hier ihre Spuren — leider heute vielfach stark verweht — in diesem reizvollen Tale eingegraben haben. Der Spaten der Forscher hat hier überall die Spuren intensiven römischen Lebens und römischer Kultur nachgewiesen, die Ueberreste der Klosteranlagen berichten hier und dort von der reichen Arbeit der Mönche des Mittelalters, und im 18. Jahrhundert leuchtete an mehreren Punkten dieses Tales die frohe Welt des Barocks und Rokokos auf, die dann in der französischen Revolution ein so schnelles und tragisches Ende fand. —

Wenn man von dem höchsten Berge im Norden des Saargebietes, dem waldbedeckten Rücken des Schaumberges, nach Norden schaut, dann taucht ein abwechslungsreiches Bild vor den Augen auf. In geringer Entfernung recken sich als Ausläufer des Hunsrücks der Losenberg und der Momberg auf, und dort am Fuße des Losenberges, unmittelbar an der heutigen Saargebietsgrenze zwischen den Ortschaften Gronig und Selbach liegt in einem idyllischen, von Wäldern eingeschlossenen Wiesentälchen die Quelle der Blies. In südöstlicher Richtung geht ihr junger Weg an Osenbach und dem ziemlich hochgelegenen Dorfe Bliesen vorbei durch eine flache Talmulde nach St. Wendel. Viele Wässerlein hat der kleine Bach schon in seinen Schoß aufgenommen. Jetzt wird er durch die bei St. Wendel sich entgegenstellenden Melaphyrrücken gezwungen, seine Richtung nach Süden zu nehmen.

Man muß nicht im Tale bleiben sondern auf die Höhen über die Stadt emporsteigen, um das schöne Landschaftsbild in sich aufnehmen zu können. Im Westen hebt sich der dunkle Schaumbergrücken vom Horizont ab, nach Norden schaut man auf die bewaldeten Höhen des Hunsrücks und nach Süden hin ziehen sich die Wälderwellen des Saarbrücker Steinkohlengebietes. In diesem Rahmen eingespannt liegt, von Wiesen und Feldern umsäumt, das Städtchen im Tale, durch das die Blies sich hindurchwindet. Aus dem freundlichen Städtchen hebt sich machtvoll der Wendelinusdom heraus, und bei der Betrachtung des reizvollen Stadtbildes steigen vor dem geistigen Auge die Gestalten dreier an sich ganz verschiedener Menschen empor, die in der Geschichte der Stadt eine Rolle gespielt haben: der hl. Wendelin, der große Kurfürst Balduin von Trier und Franz von Sickingen.

Zwischen Oberlinxweiler und Niederlinxweiler hat die Blies zwischen dem Steinberg und dem Spiemont die entgegenstehende Gebirgswand durchsägt und sich durch diese „Linxweiler Pforte" hindurchgezwängt in der Richtung nach Ottweiler. Das ist ein freundliches Städtchen, in dem man deutlich einen Hauch von Mittelalter und Romantik spürt. Ein altfränkisches Idyll! Von beiden Seiten schauen ansehnliche Höhen in das verträumt im Tale liegende Städtchen hernieder. Auf der Höhe zur Linken stand das in den Kriegen des 17. Jahrhunderts zerstörte Terentiuskloster Neumünster. Die alten, vornehm wirkenden Häuser des Städtchens haben glänzende Zeiten gesehen, als die Kleinstadt noch Residenz war; und der alte, hohe Wartturm, der hoch über die Häuser hinausragt, wirkt wie ein Gruß aus dem Mittelalter. Von dem fürstlichen Schloß ist so gut wie nichts erhalten. Wie fast alles Schöne im Saarland so ist auch dieses Schloß in der französischen Revolution zerstört worden. Noch merkt man hier nichts von der großen Industrie. Aber wenn man in der Nacht auf eine das Städtchen umlagernde Höhe hinaufsteigt, dann leuchtet es in geringer Entfernung am Himmel hell und fast drohend auf. Neunkirchen liegt dort im Tale der Blies.

Hier schlagen die Pulse der Industrie. Kohlengräben um-

Aus Alt-Ottweiler.

lagern die Stadt und das machtvolle Eisen- und Stahlwerk von Stumm breitet am Tage Rauch und Dunst und in der Nacht hellen Feuerschein über die Stadt. Von der alten Zeit spürt man hier nicht viel. Um so lieber vielleicht denkt man daher daran, daß der junge Goethe im Jahre 1770 zu dem in der Revolutionszeit zerstörten Jagdschloß der Fürsten von Nassau-Saarbrücken emporstieg und von dort oben aus das nächtliche Feuerwerk der damals schon vorhandenen Eisenschmelzen bewunderte.

Wiederum zwingen Bergrücken die Blies, die in Neunkirchen viele schmutzige Abwässer des Hüttenwerkes hat aufnehmen müssen, zur Aenderung der Richtung. Bei Wellesweiler betritt der Bach eine breite Mulde, in deren Mitte etwa Limbach liegt. Südlich der Bahnlinie Homburg—St. Ingbert zieht sich das Tal schlauchartig zusammen. Die Blies windet sich schlangenartig durch das Wiesental. Von der Talsohle aus nicht sichtbar, erhebt sich auf einer vorspringenden Kuppe die Klosterruine Wörschweiler, in der Zisterziensermönche wirkten, bis im Jahre 1614 ein Brand das Kloster auf der Höhe in einen Trümmerhaufen verwandelte. Man muß einmal durch die Ruine hindurchgehen und in dem Vorplatz Ausschau halten. Man erkennt drunten im Wiesentale an dem Erlengestrüpp den Lauf der Blies. Nach Norden schaut man in die breite Mulde, an deren Ostrand in einer Entfernung von einigen Luftkilometern Homburg mit dem Karlsberg sichtbar ist. Welch' herrlicher Anblick muß es gewesen sein, als im 18. Jahrhundert das mächtige Lustschloß des Herzogs von Zweibrücken noch dort oben stand! Die Brandfackeln der französischen Revolutionshelden haben auch dieses Schloß in Asche gelegt. Im Südosten von Höhenzügen verdeckt, sieht man eben noch die ersten Häuser von Zweibrücken.

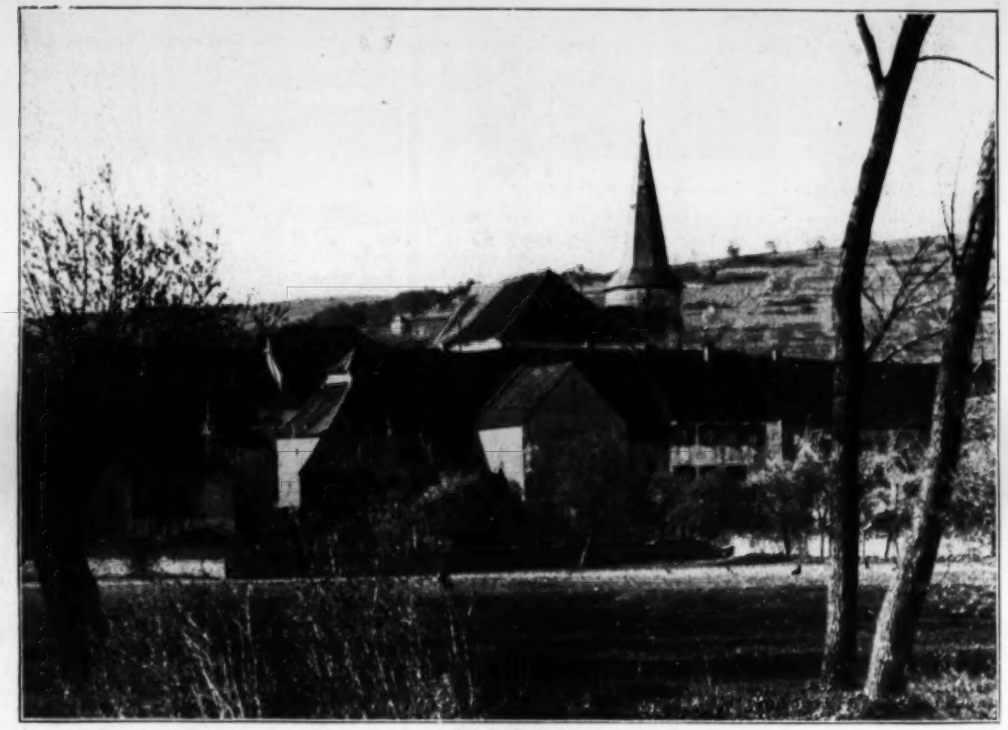
Steigen wir von der Ruine Wörschweiler auf einem schattigen, bequemen Waldwege hinunter ins Bliestal, dann stoßen wir plötzlich auf eine großangelegte Parkanlage. Es ist Gutenbrunnen. Eine Mauer schließt diesen stillen, nur wenig Menschen bekannten Ort von der Außenwelt ab. Hohe Bäume hüllen die noch vorhandenen Wirtschaftsgebäude und den Park gleichwie in ein Geheimnis ein. Diese stimmungsvolle Anlage im Bliestal umfaßte im 18. Jahrhundert ein Sommerschloß des Herzogs von Zweibrücken, das leider auch zerstört ist. Und vorher bestand hier eine Badeanlage, deren Anfänge sogar, wie Funde bewiesen haben, auf die Römerzeit zurückgingen.

Barockhäuser am Schloßberg in Blieskastel.

Bei Einöd verbreitert sich das grüne Wiesental, das so schön eingefaßt ist von Bergwänden, die bis ins Tal bewaldet sind. Vom Tale aus erblickt man in der Richtung zwischen Lautzkirchen und Blieskastel den 7 Meter hohen Gollenstein, diesen Zeugen aus der keltischen Zeit des Saarlandes. Zwischen Webenheim und Blieskastel zieht nun die Blies ihre Schleifen. Im Blieskastel sind wir zu dem interessantesten Punkt im Bliestal gekommen. Man mag in dieses Städtchen kommen, von welche Seite man will, von Kirkel über Lautzkirchen, von Webenheim oder von Ormersheim her aus dem Muschelkalkgebiet, immer wieder ist man auf das angenehmste von dem Zauber der Landschaft berührt. Und dieses Städtchen, lange Jahrzehnte vergessen, heute fast ein Wallfahrtsort für Kunstfreunde, hat eine bedeutsame geschichtliche Vergangenheit. Denn hier wirkte sich der starke Kunstsinn des Grafengeschlechtes von der Leyen aufs beste aus. Leider ist das große Residenzschloß oben auf der Höhe nicht mehr vorhanden. Aber die herrliche Schloßkirche schaut noch verträumt in die idyllische Landschaft hinaus. Und überall in den Städten bekommen wir an Winkeln, Erkern und Brunnen einen Gruß aus der freudigen Welt des Rokoko, die hier für kurze Zeit zum Leben erwacht war, aber bald in Schönheit starb.

Bliesdalheim.

Ein eigenartiger Duft liegt über der Landschaft des Bliestales. Man muß zur rechten Zeit das Tal durchwandern, nicht in der Sonnenglut, sondern im Frühling, wenn Tausende von Obstbäumen in Blütenpracht stehen und das hellgrüne junge Laub an den Buchen emporklettert oder im Altweibersommer gegen Abend, wenn der blaue Duft der Höhenzüge die Landschaft weitet und das ruhige, satte Blau des Himmels mit den Tönen der sich färbenden Wälder eine wahre Farbensymphonie erzeugt. Hier weht eine andere Luft als im Saartal. Ob ich von den das Tal begleitenden Höhen hinunterschaue oder ob ich im Tal selbst durch die sauberen Dörfer Blickweiler, Breitfurt, Bliesdalheim, Gersheim und Rheinheim mit zum Teil sehr interessanten Kirchen



Reinheim.

wandere, überall ist dieser Teil der Bliesgegend wie ein großer Naturpark mit ausgesprochen idyllischem Charakter.

Bei Bliesbrücken tritt der Fluß vorübergehend auf lothringisches Gebiet und hier macht er einen großen Bogen nach Westen. Die Eisenbahn, die von Schwarzenbach fortwährend die Blies begleitet hatte, verläßt das Tal, um auf kürzestem Wege Saargemünd zu erreichen. Gerade dieser Unterlauf der Blies weist noch besonders schöne und interessante Punkte auf. Bei Habkirchen führt eine malerische Steinbrücke nach dem lothringischen Frauenberg, über dem die gleichnamige stolze Ruine sich erhebt, die im Jahre 1370 zuerst erwähnt wird, später in die Hände des Grafen von Leiningen und dann an die Grafen von Eberstein überging. Zu der französischen Revolutionszeit wurde sie 1796 als Nationaleigentum erklärt und verkauft. Nach Frauenberg wurde die nassau-saarbrückische Porzellanfabrik in Ottweiler im Ende des 18. Jahrhunderts verpflanzt, und zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand in Frauenberg die Firma Utzschneider, die später nach Saargemünd verlegt wurde.

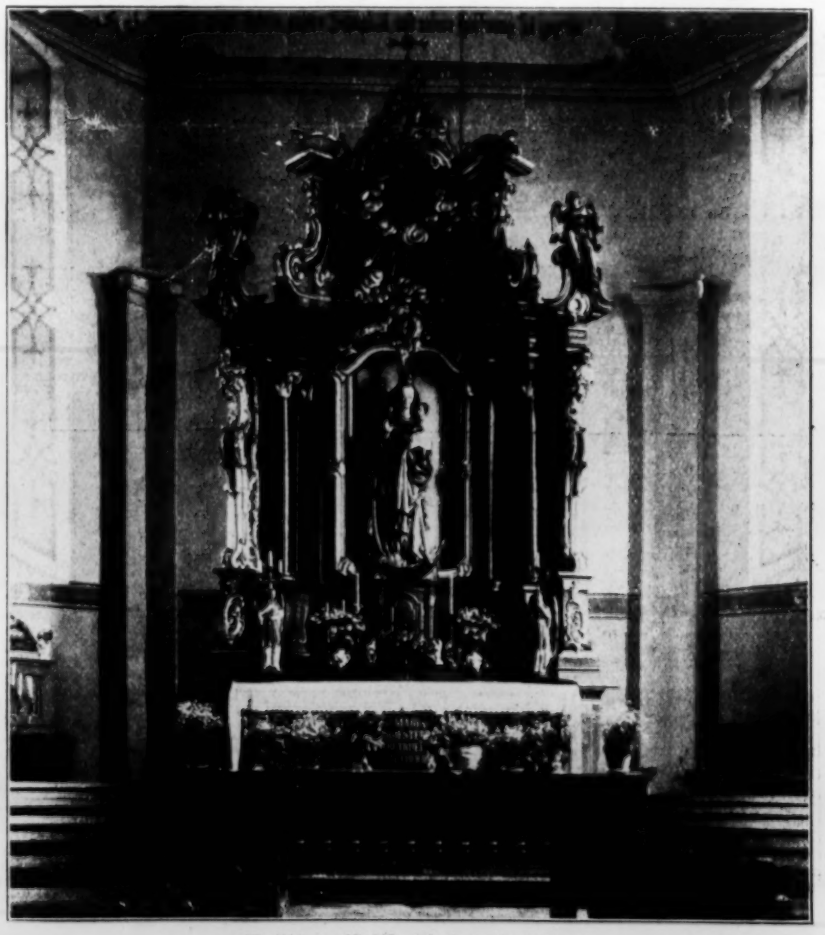
Noch eines kleinen Seitentälchens der unteren Blies sei gedacht. Bei Bliesbolchen liegt einige hundert Meter von der Blies entfernt in nördlicher Richtung die Klosterruine Gräfintal, eine Schöpfung der in der Klosterkirche dortselbst ruhenden Gräfin Elisabeth von Blieskastel aus der Mitte des 13. Jahrhunderts. Es ist so recht ein Plätzchen zur stillen Einkehr, weltabgeschieden und nur wenigen Menschen heute bekannt. Und doch hat die Geschichte mit rauher Hand diese stille Andachtsstätte berührt. Mehrmals wüteten in diesem ruhigen Seitental Feuer und Schwert, bis die große Reichsgräfin Marianne von der Leyen, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das Kloster nach ihrer Residenz Blieskastel verlegen ließ.

Die Blies ist nun schon ein ansehnlicher Fluß geworden. Ihre Wasser treiben viele alte Mühlen. Von Zeit zu Zeit wagt sich wohl auch ein Ruderboot aus der Saar heraus bis zum Ritthof in der Nähe der malerischen Ubrigsmühle. Noch einmal muß die Blies um ein Bergmassiv bei Bliesgersweiler; dann eilt sie ruhigen Laufes ihrer größeren Schwester der Saar bei Saargemünd in die Arme.

Saarländische Volkskunde.

Unter diesem Titel hat Dr. Nicolaus Fox im Verlage von Fritz Klopp, G. m. b. H. in Bonn eine sehr wertvolle Arbeit veröffentlicht. Im Rahmen der „Volkskunde Rheinischer Landschaften", herausgegeben von Dr. Adam Wrede hat der Verfasser den Versuch gemacht, die Grundkräfte im Volke an der Saar, die Seele des Volkes zu erfassen und zu anschaulicher Darstellung zu bringen. Die mächtigste Grundkraft ist der Volksglaube, der sich in verschiedenen Entwicklungsstufen äußert. Volksglaube, Volkswille, Volkssprache, mundartliche Dichtung, Siedlung, Haus, Hof, Dorf, Gemeinschaft und Individuum in ihren geschichtlichen Entwicklungen bilden das Stoffgebiet der Volkskunde. Bisher waren diese Gebiete im Lande an der Saar — den Begriff Saargebiet kennt selbstverständlich die Volkskunde nicht — noch sehr wenig bearbeitet worden. Nun hat Dr. Fox mit außerordentlichem Fleiß ein sehr umfangreiches Material zusammengetragen. Aber das Werk ist mehr als nur eine Materialsammlung. Wer es wirklich durcharbeitet, der wird die Seele des Volkes spüren, das in seiner geistigen und seelischen Struktur einfach ein Teil des deutschen Volkes ist. Sprache, Sitte, Brauch und Kunst des Saalandes sind begründet in dem Wesen und der Eigenart des deutschen Volkes. Sicherlich wird dieser und jener Zweig der Volkskunde noch durch weiter aufzuspürendes Material zu erweitern oder zu ergänzen sein. Auf ein Gebiet hat der Verfasser sein Augenmerk fast gar nicht gerichtet, auf das der Volkskunst; und das mit Recht, weil die geringen Vorarbeiten auf diesem Gebiet heute einfach ein Urteil über Geschmack und Kunst des Volkes an der Saar noch nicht zulassen. Die Vorarbeiten für eine solche Arbeit werden zurzeit von Herrn Knuth, dem Leiter des Heimatmuseums in Saarbrücken, in eifriger Sammlung geleistet. Der starke Band von fast 500 Seiten mit 94 Abbildungen auf Tafeln und 70 Abbildungen im Text präsentiert sich äußerst geschmackvoll. Die Arbeit gibt allen Freunden der Saarheimat und allen denen, die sich überhaupt mit Volkskunde beschäftigen, wertvolle Aufschlüsse und Anregungen.

Kl.



„Gräfintal"-Wallfahrtskapelle.

Saarfrage um eine solche handelt, die den Völkerbund und vor allem den Völkerbundsgedanken als solchen unmittelbar berührt. Nach den Versailler Bestimmungen tritt der Völkerbund im Saargebiet als Treuhänder auf und in den von der Versailler Friedenskonferenz mit der deutschen Friedensdelegation in Versailles gewechselten Noten über das Saargebiet wird wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß „das Gebiet nicht unter die Souveränität Frankreichs, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt ist und daß die Saarregierung „allein dem Völkerbund verantwortlich ist, was genügende Bürgschaften gegen jeden Mißbrauch der ihr anvertrauten Macht bietet". (Note der Friedenskonferenz vom 16. Juni 1919.)

Nachdem jetzt Deutschland selbst dem Völkerbund angehört, dürfte es angebracht sein, daß der Völkerbund sich über sein Verhältnis zum Saargebiet und zur Saarverwaltung eindeutig klar wird. Wenn in den ersten Jahren der Völkerbundsverwaltung an der Saar schwerwiegende Fehler völkerbundpolitischer und verwaltungspolitischer Art gemacht worden sind, so ist es jetzt einfach ein Gebot der Loyalität, die dadurch für die Bevölkerung entstandenen Schäden, wenn ihre Wiedergutmachung nicht möglich erscheint, wenigstens nicht noch weiter zu vermehren. Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung des Saargebiets ist jetzt eine derart trostlose, daß der Völkerbund die dringende Pflicht hat, nachzuprüfen, welche Anlässe diese Lage verursacht haben und was zu geschehen hat, um eine weitere Verschärfung zu verhindern und die dringendste Notlage zu beseitigen.

Saarfragen auf der Märztagung des Völkerbundes.

Am 7. März tritt der Völkerbund zu seiner 44. Ratstagung in Genf zusammen. Das Programm umfaßt bis jetzt 29 Punkte. Für Deutschland sind die wichtigsten Fragen die des Saargebiets, die Angelegenheit der Stadt Danzig und die Minderheitenpolitik des polnischen Staates in Oberschlesien. Die Saarfragen stehen als Punkt 12 und 13 auf der Tagesordnung, und zwar die Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder der Saarregierung und die Frage der Sicherheit der Truppentransporte auf den französischen Saarbahnen.

Hinsichtlich des Saargebiets ist, wie der Genfer Berichterstatter der „Saarbrücker Landeszeitung" mitteilt, die Sachlage die, daß heute trotz der unzweifelhaften klaren Rechtsgrundlage die französischen Truppen immer noch in dem Gebiet sich befinden. Diese Truppenfrage hat bereits drei Ratstagungen beschäftigt, die aber zu keiner Lösung kommen konnten, sondern die Angelegenheit stets vertagt haben. Es steht zu hoffen, daß auf dieser Märztagung die Angelegenheit nicht nochmals, also zum viertenmal, auf die lange Bank geschoben wird. Der Völkerbund ist für das Saargebiet verantwortlich und es heißt diese Verantwortung abwälzen, wenn der Rat klaren Entscheidungen ausweicht. Ein Ruhmesblatt bildet die Behandlung der Saartruppenfrage für den Völkerbund wirklich nicht und es ist schon richtig, wenn der Schweizer Rappard die Saarverwaltung als eine „der anstößigsten Episoden" der Politik des Völkerbundes bezeichnet. Die Saarbevölkerung kann sich auch nicht auf andere Lösungsarten einlassen, die irgendwie mittelbar oder unmittelbar den rechtswidrigen Zustand durch sogenanntes Bahnschutzpersonal sanktionieren würde. Eine Anerkennung dieser Lösung würde in ihrem Endeffekt eine Anerkennung des gesetzwidrigen Zustandes bedeuten. Die Truppen haben zu verschwinden, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für den Schutz der Bahnen reicht die Gendarmerie vollständig aus.

In der Personalpolitik der Regierungskommission ist auch nicht alles, wie es sein sollte. Die Saarregierung trägt vertragsmäßig den Charakter einer neutralen Regierung, die sie aber in Wirklichkeit nicht ist. Sie besteht bis heute aus einer frankophilen Mehrheit und einer Minderheit. Diese frankophile Mehrheit muß gebrochen werden, soll das Prestige des Völkerbundes im Saargebiet nicht unter 0 Grad sinken. Insbesondere ist die Verwaltung des Saargebeites keine Versorgungsstelle für abgedankte Offiziere aus dem Ententeheere. Solche Beamte sind für Verwaltungsfragen sicherlich nicht qualifiziert. Wenn dazu noch eine Politik der Extlusivität folgt, wenn z. B. der Belgier Lambert mit der Bevölkerung überhaupt keinen Konnex hat, ja nicht einmal die deutsche Sprache beherrscht, so daß in der Saarverwaltung der kostspielige Apparat des Verdolmetschens der Verhandlungen notwendig ist, dann wäre es an der Zeit, daß der Rat des Bundes hier einmal nach dem Rechten sieht. Letzten Endes kann man die Saarbevölkerung nicht für die Unkenntnis ehemaliger Offiziere finanziell büßen lassen. Die Saarbevölkerung erwartet, daß hier endlich der Standpunkt der Vernunft zum Durchbruch kommt und daß der Rat den Widersinn der Saarverwaltung im Laufe der Zeit selbst einsehen wird.

Was die Frage der Neuernennung der Mitglieder der Regierungskommission des Saargebiets durch den Völkerbundsrat angeht, so hat der Generalsekretär des Völkerbundes ein Communiqué an den Rat und die Mitglieder des Völkerbundes ergehen lassen, in dem es u. a. heißt:

1. Der Generalsekretär hat die Ehre, den Mitgliedern des Rates mitzuteilen, daß das Mandat der fünf Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes am 31. März 1927 erlischt. Die Namen der Mitglieder der Kommission sowie die Daten, an denen sie ihr Amt antraten, sind folgende:

1. Herr Koßmann, . . . Saarländer, 15. März 1924;
2. Herr Lambert, ... Belgier, 13. Februar 1920;
3. Herr Morize, ... Franzose, 1. April 1926;
4. Herr Stephens, ... Kanadier, 29. Oktober 1923;
5. Herr Vezensky, ... Tschechoslowake, 30. September 1924.

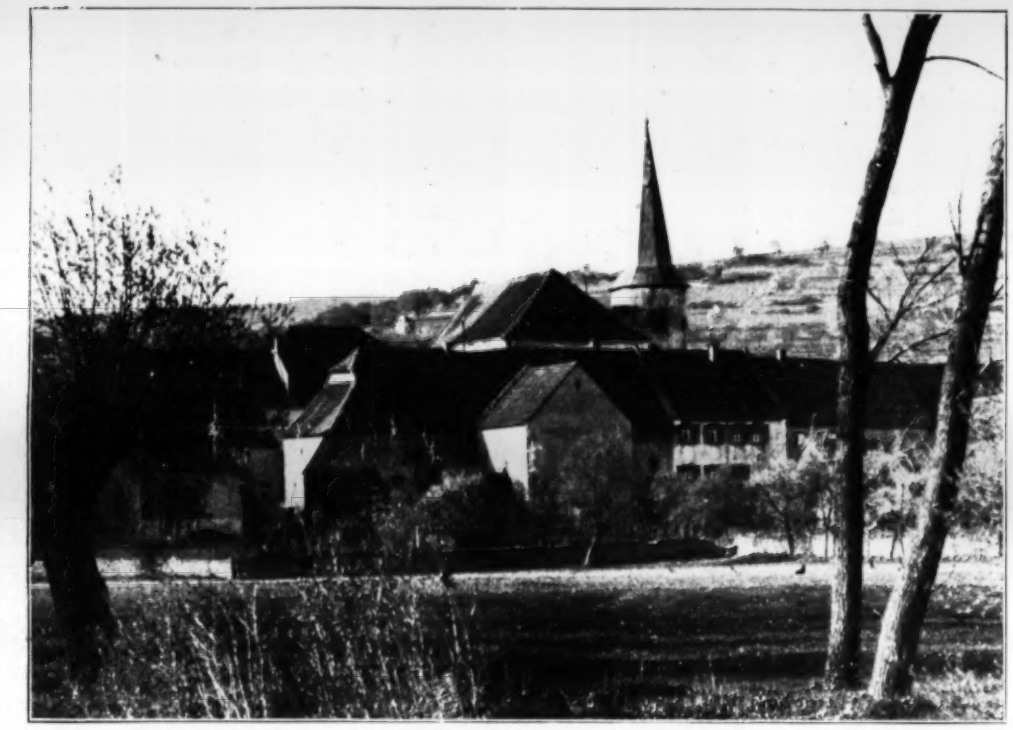
Der Rat hat also die Ernennung der 5 Mitglieder der Kommission ins Auge zu fassen, die am 1. April 1927 ihr Amt antreten. Die Kommission soll sich zusammensetzen aus: einem französischen Mitglied, einem nichtfranzösischen, im Saargebiet gebürtigen und wohnhaften Mitglied sowie drei Mitgliedern aus drei anderen Ländern als Frankreich und Deutschland. Die Mitglieder werden für ein Jahr ernannt und ihr Mandat kann erneuert werden.

2. Das Mandat des Herrn Stephens in seiner Eigenschaft als Präsident der Regierungskommission, zu welchem Amt er durch Beschluß des Rates vom 18. März 1926 ernannt wurde, erlischt am 31. März 1927 gleichzeitig mit seinem Mandat als Mitglied der Kommission. Der Rat hat also für das Präsidium der Kommission ab diesem Datum zu sorgen. Der Präsident, welcher für ein Jahr zu ernennen ist, soll aus den Mitgliedern der Kommission entnommen werden. Seine Vollmachten sind erneuerbar.

Die Gehälter und Entschädigungen für die Mitglieder der Kommission wurden durch die „Instructions pour la Commission", angenommen durch den Rat am 13. Februar 1920 und bestätigt durch Ratsbeschluß vom 21. Februar 1921, festgelegt. Erhöhungen und Ermäßigungen wurden durch Beschlüsse des Rates vom 15. März 1924 (bestätigt durch Beschluß vom 13. März 1925), 18. März 1926 und 11. Dezember 1926 geregelt.

In einem Artikel über die Saarfragen auf der nächsten Völkerbundstagung in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" heißt es unter anderem:

Deutschland hat die Pflicht, den neuen Saarpräsidenten von der Kamarilla zu befreien, die ihn umgibt und seine Handlungen behindert. Der Völkerbundsrat ernennt ausdrücklich jedes Jahr sämtliche Saarminister neu oder bestätigt sie in ihren Aemtern. Die beiden Mitglieder der Saarregierung, der Tscheche Vezensky und der Belgier Lambert, haben das Recht verwirkt, weiter schalten und walten zu können und den Völkerbund vor aller Welt zu blamieren. Der Franzose Morize muß leider ertragen werden, da eben nur ein anderer Vertreter Frankreichs vertragsmäßig gewählt werden könnte. Aber auch in der Bureaukratie der Saarver-



Reinheim.

wandere, überall ist dieser Teil der Bliesgegend wie ein großer Naturpark mit ausgesprochen idyllischem Charakter.

Bei Bliesbrücken tritt der Fluß vorübergehend auf lothringisches Gebiet und hier macht er einen großen Bogen nach Westen. Die Eisenbahn, die von Schwarzenbach fortwährend die Blies begleitet hatte, verläßt das Tal, um auf kürzestem Wege Saargemünd zu erreichen. Gerade dieser Unterlauf der Blies weist noch besonders schöne und interessante Punkte auf. Bei Habkirchen führt eine malerische Steinbrücke nach dem lothringischen Frauenberg, über dem die gleichnamige stolze Ruine sich erhebt, die im Jahre 1370 zuerst erwähnt wird, später in die Hände des Grafen von Leiningen und dann an die Grafen von Eberstein überging. Zu der französischen Revolutionszeit wurde sie 1796 als Nationaleigentum erklärt und verkauft. Nach Frauenberg wurde die nassau-saarbrückische Porzellanfabrik in Ottweiler im Ende des 18. Jahrhunderts verpflanzt, und zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand in Frauenberg die Firma Utzschneider, die später nach Saargemünd verlegt wurde.

Noch eines kleinen Seitentälchens der unteren Blies sei gedacht. Bei Bliesbolchen liegt einige hundert Meter von der Blies entfernt in nördlicher Richtung die Klosterruine Gräfintal, eine Schöpfung der in der Klosterkirche dortselbst ruhenden Gräfin Elisabeth von Blieskastel aus der Mitte des 13. Jahrhunderts. Es ist so recht ein Plätzchen zur stillen Einkehr, weltabgeschieden und nur wenigen Menschen heute bekannt. Und doch hat die Geschichte mit rauher Hand diese stille Andachtsstätte berührt. Mehrmals wüteten in diesem ruhigen Seitental Feuer und Schwert, bis die große Reichsgräfin Marianne von der Leyen, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das Kloster nach ihrer Residenz Blieskastel verlegen ließ.

Die Blies ist nun schon ein ansehnlicher Fluß geworden. Ihre Wasser treiben viele alte Mühlen. Von Zeit zu Zeit wagt sich wohl auch ein Ruderboot aus der Saar heraus bis zum Ritthof in der Nähe der malerischen Ubrigsmühle. Noch einmal muß die Blies um ein Bergmassiv bei Bliesgersweiler; dann eilt sie ruhigen Laufes ihrer größeren Schwester der Saar bei Saargemünd in die Arme.

Saarländische Volkskunde.

Unter diesem Titel hat Dr. Nicolaus Fox im Verlage von Fritz Klopp, G. m. b. H. in Bonn eine sehr wertvolle Arbeit veröffentlicht. Im Rahmen der „Volkskunde Rheinischer Landschaften", herausgegeben von Dr. Adam Wrede hat der Verfasser den Versuch gemacht, die Grundkräfte im Volke an der Saar, die Seele des Volkes zu erfassen und zu anschaulicher Darstellung zu bringen. Die mächtigste Grundkraft ist der Volksglaube, der sich in verschiedenen Entwicklungsstufen äußert. Volksglaube, Volkswille, Volkssprache, mundartliche Dichtung, Siedlung, Haus, Hof, Dorf, Gemeinschaft und Individuum in ihren geschichtlichen Entwicklungen bilden das Stoffgebiet der Volkskunde. Bisher waren diese Gebiete im Lande an der Saar — den Begriff Saargebiet kennt selbstverständlich die Volkskunde nicht — noch sehr wenig bearbeitet worden. Nun hat Dr. Fox mit außerordentlichem Fleiß ein sehr umfangreiches Material zusammengetragen. Aber das Werk ist mehr als nur eine Materialsammlung. Wer es wirklich durcharbeitet, der wird die Seele des Volkes spüren, das in seiner geistigen und seelischen Struktur einfach ein Teil des deutschen Volkes ist. Sprache, Sitte, Brauch und Kunst des Saalandes sind begründet in dem Wesen und der Eigenart des deutschen Volkes. Sicherlich wird dieser und jener Zweig der Volkskunde noch durch weiter aufzuspürendes Material zu erweitern oder zu ergänzen sein. Auf ein Gebiet hat der Verfasser sein Augenmerk fast gar nicht gerichtet, auf das der Volkskunst; und das mit Recht, weil die geringen Vorarbeiten auf diesem Gebiet heute einfach ein Urteil über Geschmack und Kunst des Volkes an der Saar noch nicht zulassen. Die Vorarbeiten für eine solche Arbeit werden zurzeit von Herrn Knuth, dem Leiter des Heimatmuseums in Saarbrücken, in eifriger Sammlung geleistet. Der starke Band von fast 500 Seiten mit 94 Abbildungen auf Tafeln und 70 Abbildungen im Text präsentiert sich äußerst geschmackvoll. Die Arbeit gibt allen Freunden der Saarheimat und allen denen, die sich überhaupt mit Volkskunde beschäftigen, wertvolle Aufschlüsse und Anregungen.

Kl.

„Gräfintal"-Wallfahrtskapelle.

Saarfrage um eine solche handelt, die den Völkerbund und vor allem den Völkerbundsgedanken als solchen unmittelbar berührt. Nach den Versailler Bestimmungen tritt der Völkerbund im Saargebiet als Treuhänder auf und in den von der Versailler Friedenskonferenz mit der deutschen Friedensdelegation in Versailles gewechselten Noten über das Saargebiet wird wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß „das Gebiet nicht unter die Souveränität Frankreichs, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt ist und daß die Saarregierung „allein dem Völkerbund verantwortlich ist, was genügende Bürgschaften gegen jeden Mißbrauch der ihr anvertrauten Macht bietet". (Note der Friedenskonferenz vom 16. Juni 1919.)

Nachdem jetzt Deutschland selbst dem Völkerbund angehört, dürfte es angebracht sein, daß der Völkerbund sich über sein Verhältnis zum Saargebiet und zur Saarverwaltung eindeutig klar wird. Wenn in den ersten Jahren der Völkerbundsverwaltung an der Saar schwerwiegende Fehler völkerbundpolitischer und verwaltungspolitischer Art gemacht worden sind, so ist es jetzt einfach ein Gebot der Loyalität, die dadurch für die Bevölkerung entstandenen Schäden, wenn ihre Wiedergutmachung nicht möglich erscheint, wenigstens nicht noch weiter zu vermehren. Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung des Saargebiets ist jetzt eine derart trostlose, daß der Völkerbund die dringende Pflicht hat, nachzuprüfen, welche Anlässe diese Lage verursacht haben und was zu geschehen hat, um eine weitere Verschärfung zu verhindern und die dringendste Notlage zu beseitigen.

Saarfragen auf der Märztagung des Völkerbundes.

Am 7. März tritt der Völkerbund zu seiner 44. Ratstagung in Genf zusammen. Das Programm umfaßt bis jetzt 29 Punkte. Für Deutschland sind die wichtigsten Fragen die des Saargebiets, die Angelegenheit der Stadt Danzig und die Minderheitenpolitik des polnischen Staates in Oberschlesien. Die Saarfragen stehen als Punkt 12 und 13 auf der Tagesordnung, und zwar die Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder der Saarregierung und die Frage der Sicherheit der Truppentransporte auf den französischen Saarbahnen.

Hinsichtlich des Saargebiets ist, wie der Genfer Berichterstatter der „Saarbrücker Landeszeitung" mitteilt, die Sachlage die, daß heute trotz der unzweifelhaften klaren Rechtsgrundlage die französischen Truppen immer noch in dem Gebiet sich befinden. Diese Truppenfrage hat bereits drei Ratstagungen beschäftigt, die aber zu keiner Lösung kommen konnten, sondern die Angelegenheit stets vertagt haben. Es steht zu hoffen, daß auf dieser Märztagung die Angelegenheit nicht nochmals, also zum viertenmal, auf die lange Bank geschoben wird. Der Völkerbund ist für das Saargebiet verantwortlich und es heißt diese Verantwortung abwälzen, wenn der Rat klaren Entscheidungen ausweicht. Ein Ruhmesblatt bildet die Behandlung der Saartruppenfrage für den Völkerbund wirklich nicht und es ist schon richtig, wenn der Schweizer Rappard die Saarverwaltung als eine „der anstößigsten Episoden" der Politik des Völkerbundes bezeichnet. Die Saarbevölkerung kann sich auch nicht auf andere Lösungsarten einlassen, die irgendwie mittelbar oder unmittelbar den rechtswidrigen Zustand durch sogenanntes Bahnschutzpersonal sanktionieren würde. Eine Anerkennung dieser Lösung würde in ihrem Endeffekt eine Anerkennung des gesetzwidrigen Zustandes bedeuten. Die Truppen haben zu verschwinden, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für den Schutz der Bahnen reicht die Gendarmerie vollständig aus.

In der Personalpolitik der Regierungskommission ist auch nicht alles, wie es sein sollte. Die Saarregierung trägt vertragsmäßig den Charakter einer neutralen Regierung, die sie aber in Wirklichkeit nicht ist. Sie besteht bis heute aus einer frankophilen Mehrheit und einer Minderheit. Diese frankophile Mehrheit muß gebrochen werden, soll das Prestige des Völkerbundes im Saargebiet nicht unter 0 Grad sinken. Insbesondere ist die Verwaltung des Saargebeites keine Versorgungsstelle für abgedankte Offiziere aus dem Ententeheere. Solche Beamte sind für Verwaltungsfragen sicherlich nicht qualifiziert. Wenn dazu noch eine Politik der Exklusivität folgt, wenn z. B. der Belgier Lambert mit der Bevölkerung überhaupt keinen Konnex hat, ja nicht einmal die deutsche Sprache beherrscht, so daß in der Saarverwaltung der kostspielige Apparat des Verdolmetschens der Verhandlungen notwendig ist, dann wäre es an der Zeit, daß der Rat des Bundes hier einmal nach dem Rechten sieht. Letzten Endes kann man die Saarbevölkerung nicht für die Unkenntnis ehemaliger Offiziere finanziell büßen lassen. Die Saarbevölkerung erwartet, daß hier endlich der Standpunkt der Vernunft zum Durchbruch kommt und daß der Rat den Widersinn der Saarverwaltung im Laufe der Zeit selbst einsehen wird.

Was die Frage der Neuernennung der Mitglieder der Regierungskommission des Saargebiets durch den Völkerbundsrat angeht, so hat der Generalsekretär des Völkerbundes ein Communiqué an den Rat und die Mitglieder des Völkerbundes ergehen lassen, in dem es u. a. heißt:

1. Der Generalsekretär hat die Ehre, den Mitgliedern des Rates mitzuteilen, daß das Mandat der fünf Mitglieder der Regierungskommission des Saargebietes am 31. März 1927 erlischt. Die Namen der Mitglieder der Kommission sowie die Daten, an denen sie ihr Amt antraten, sind folgende:

1. Herr Koßmann, . . . Saarländer, 15. März 1924;
2. Herr Lambert, ... Belgier, 13. Februar 1920;
3. Herr Morize, ... Franzose, 1. April 1926,
4. Herr Stephens, ... Kanadier, 29. Oktober 1923;
5. Herr Vezensky, ... Tschechoslowake, 30. September 1924.

Der Rat hat also die Ernennung der 5 Mitglieder der Kommission ins Auge zu fassen, die am 1. April 1927 ihr Amt antreten. Die Kommission soll sich zusammensetzen aus: einem französischen Mitglied, einem nichtfranzösischen, im Saargebiet gebürtigen und wohnhaften Mitglied sowie drei Mitgliedern aus drei anderen Ländern als Frankreich und Deutschland. Die Mitglieder werden für ein Jahr ernannt und ihr Mandat kann erneuert werden.

2. Das Mandat des Herrn Stephens in seiner Eigenschaft als Präsident der Regierungskommission, zu welchem Amt er durch Beschluß des Rates vom 18. März 1926 ernannt wurde, erlischt am 31. März 1927 gleichzeitig mit seinem Mandat als Mitglied der Kommission. Der Rat hat also für das Präsidium der Kommission ab diesem Datum zu sorgen. Der Präsident, welcher für ein Jahr zu ernennen ist, soll aus den Mitgliedern der Kommission entnommen werden. Seine Vollmachten sind erneuerbar.

Die Gehälter und Entschädigungen für die Mitglieder der Kommission wurden durch die „Instructions pour la Commission", angenommen durch den Rat am 13. Februar 1920 und bestätigt durch Ratsbeschluß vom 21. Februar 1921, festgelegt. Erhöhungen und Ermäßigungen wurden durch Beschlüsse des Rates vom 15. März 1924 (bestätigt durch Beschluß vom 13. März 1925), 18. März 1926 und 11. Dezember 1926 geregelt.

In einem Artikel über die Saarfragen auf der nächsten Völkerbundstagung in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" heißt es unter anderem:

Deutschland hat die Pflicht, den neuen Saarpräsidenten von der Kamarilla zu befreien, die ihn umgibt und seine Handlungen behindert. Der Völkerbundsrat ernennt ausdrücklich jedes Jahr sämtliche Saarminister neu oder bestätigt sie in ihren Aemtern. Die beiden Mitglieder der Saarregierung, der Tscheche Vezensky und der Belgier Lambert, haben das Recht verwirkt, weiter schalten und walten zu können und den Völkerbund vor aller Welt zu blamieren. Der Franzose Morize muß leider ertragen werden, da eben nur ein anderer Vertreter Frankreichs vertragsmäßig gewählt werden könnte. Aber auch in der Bureaukratie der Saarver-

waltung muß aufgeräumt werden. Hier sitzen seit Jahren Männer, die nicht nur die deutsche Saarbevölkerung knebeln und knechten, sondern durch unsichtbare Kanäle die Französierungspolitik weiter betreiben.

Die deutschen Saarländer hoffen aber bestimmt, daß vor Ablauf dieser letzten Frist das Saargebiet wieder in den Schoß des deutschen Mutterlandes zurückkehrt. Die Saarbevölkerung hat treu für ihr Deutschtum gekämpft. Aus sich selbst heraus hat sie die Kraft gefunden, auszuharren in dem Glauben:

Das Land, das dich geboren,
Das du als Heimat liebst,
Es geht nur dann verloren,
Wenn du's verloren gibst.

Dieser unerschütterliche Glaube ist und wird nicht zuschanden werden. In ihm hat sich das deutsche Volk an der Saar ohne Unterschied der Stände und Parteien zusammengefunden. Wir hoffen aber, daß es gelingt, zusammen mit dem Saarpräsidenten Stephens und der deutschen Reichsregierung, diese Rückkehr des Saargebietes zum Deutschen Reiche zu beschleunigen.

Saareinwohner und Saarbevölkerung.

Unter dieser Ueberschrift befaßt sich die „Saarbrücker Landeszeitung" mit der Frage der Staatsangehörigkeit der Saargebietsbevölkerung. Der Aufsatz geht von der am 15. Juli 1921 erlassenen Verordnung der Saarregierung aus, die den Begriff der Eigenschaft als „Saareinwohner" festlegt, damit aber nicht etwa den Schutz der deutschen Heimatrechte im Saargebiet im Auge hatte, sondern die lediglich die Umschreibung eines Begriffs bezweckt, das Deutschtum vollständig zurücktreten läßt. Der Aufsatz führt dann wörtlich aus:

Die Saareinwohnerschaft erwirbt jeder ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit und sein Geschlecht, der eine bestimmte Zeit im Saargebiet sein gesetzliches Domizil gehabt hat und dort seine Steuern bezahlt. Der Zweck dieser Verordnung ist sehr klar, denn er räumt Ausländern Gleichstellung ein mit der eingesessenen deutschen Bevölkerung. Die Verordnung besagt ferner: „Alle Saareinwohner genießen im Saargebiet die gleichen Rechte, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit." Ihre Staatsangehörigkeit bleibt unberührt. Damit ist sehr klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die staatsbürgerlichen Rechte kein Vorzugsrecht der deutschen Saargebietsbevölkerung mehr sind, sondern daß ein Gemisch von Angehörigen aller Nationen im Saargebiet gleiche Rechte hat.

Die dahin zielende Verordnung der Regierungskommission vom 2. August 1921 betreffend Abänderung der Justizgesetze und anderer Einzelgesetze besagt, daß überall in den Gesetzen das Wort „Deutscher" durch das Wort „Saarländer" und die Worte „im Deutschen Reich" durch die Worte „im Saargebiet", und das Wort „Ausländer" durch das Wort „Saareinwohner" ersetzt werden. Demnach gibt es im Saargebiet also keine „Ausländer" mehr im Sinne unserer Auffassung, sondern es gibt nur noch „Saareinwohner" und „Nichtsaareinwohner". Sobald der Ausländer im Saargebiet die Saareinwohnerschaft erworben hat, besitzt er dieselben staatsbürgerlichen Rechte wie die deutschen Saargebietsbewohner: er kann zu allen öffentlichen Körperschaften, Gemeinderat, Bürgermeistereirat, Kreistag, Landesrat wählen und gewählt werden; er kann zu dem Amt eines Schöffen und Geschworenen berufen werden; er kann jede amtliche Tätigkeit im deutschen Saargebiet ausüben.

Während es im allgemeinen strenger Grundsatz eines jeden Kulturvolkes ist, seine eigenen Angelegenheiten unter sich zu regeln, hat man im Saargebiet hiervon eine Ausnahme gemacht und es auch dem Ausländer gestattet, in unseren ureigensten Angelegenheiten ein bestimmendes Wort mitzureden. Die Auswirkungen haben sich indes nicht in einem derartigen Umfange vollzogen, wie es die Reierungskommission zu jener Zeit gewünscht hätte. Der überwiegend größte Teil der Bevölkerung hat es doch vorgezogen, bei allen Gelegenheiten nur den deutschen Saargebietsbewohnern seine Stimme zu geben. Geringe Ausnahmen bestätigen die Regel und es haben nur da Ausländer an maßgebenden Stellen festen Fuß gefaßt, wo sie von der Regierungsgewalt hinberufen wurden.

Das reinrassige deutsche Saargebiet sollte im Sinne französischer Aspirationen in eine Mischrasse verwandelt werden. Nehmen wir den Fall, wie er auf Grund der Saareinwohnerverordnung möglich wäre, daß ein Stamm Sioux-Indianer und Kongo-Neger von einem durchreisenden Zirkus hier im Saargebiet plötzlich kontrachtbrüchig wird, weil sie unter besseren Lebensbedingungen hier existieren können. Sie lassen sich im Saargebiet nieder, erhalten die vorgeschriebene dauernde Aufenthaltsgenehmigung, erwerben die Eigenschaft als Saareinwohner, erscheinen an der Wahlurne, werden vielleicht auch bei irgendeiner Gelegenheit gewählt oder nicht. Vielleicht werden sie auch als Schöffe oder Geschworene ausgelost oder sie nehmen sonst staatsbürgerliche Rechte in Anspruch, die ihnen der Zufall in die Hand spielt. Fürwahr, ein Schauspiel eigener Art für die Kulturwelt! Wenn dies auch zunächst etwas fremd klingt, unmöglich wäre es nicht, denn die Verordnung hat vorgesehen, daß auch jeder Ausländer, sobald er die Saareinwohnerschaft erworben hat, mit den Inländern gleichberechtigt ist.

Gegenüber den eingeborenen heimatberechtigten deutschen Saargebietsbewohnern bedeutet die Verleihung der gleichen staatsbürgerlichen Rechte an nicht deutsche Bewohner eine ganz erhebliche Zurücksetzung. Es kommt noch hinzu, daß durch Verordnung der Regierungskommission vom 7. Juli 1920 die Wahrung der Interessen der Saarbewohner im Auslande der französischen Regierung anvertraut worden ist, ein Zustand, der den heimatlichen Gefühlen eines Volkes direkt ins Gesicht schlägt. Welches Volk der Erde wird einer anderen Nation die Wahrung seiner Interessen im Auslande übertragen? Ein Interesse an den deutschen Saargebietsbewohnern kann doch nur das Deutsche Reich haben.

Im Friedensvertrag von Versailles § 27 steht geschrieben:

„Die gegenwärtige Staatsangehörigkeit der Einwohner des Saargebietes wird von diesen Bestimmungen in keiner Weise berührt. Niemand ist gehindert, eine andere Staatsangehörigkeit zu erwerben, in solchem Falle soll der Erwerb der neuen Staatsangehörigkeit den Verlust jeder anderen zur Folge haben."

Trotzdem ist festgestellt, daß die Regierungskommission eine große Anzahl Anträge auf Erwerb der preußischen Staatsangehörigkeit nicht an die zuständige Stelle der deutschen Regierung in Trier weitergeleitet hat, und als dieser Zustand im Landesrat einer sehr ernsten Kritik unterzogen wurde, ist erst allmählich eine Aenderung darin eingetreten. Nichtsdestoweniger kann es die Regierungskommission aber nicht verschmerzen, den Antragstellern nachstehenden Bescheid zukommen zu lassen:

Regierungskommission
des Saargebietes. Saarbrücken, den .....
Generalsekretariat
G. S. Nr. .....

Herrn .....

Zu Ihrem Einbürgerungsantrag in den preußischen Staatenverband beehre ich mich, Ihnen folgendes bekannt zu geben:

Wenn Sie zurzeit tatsächlich die französische Staatsangehörigkeit besitzen, werden Sie seitens der französischen Behörden nach den auf französische Staatsangehörige anwendbaren Bestimmungen des französischen Gesetzes behandelt. Dieses Gesetz sieht vor, daß ein Franzose, sofern er nicht mindestens das 40. Lebensjahr erreicht hat, bei Einbürgerung in einen fremden Staatenverband seiner französischen Staatsangehörigkeit nur dann verlustig geht, wenn das französische Justizministerium ihn ausdrücklich hierzu ermächtigt. In Ihrem eigenen Interesse möchte ich Ihnen daher empfehlen, um diese Ermächtigung für sich und Ihren minderjährigen Sohn einzukommen, die Ihnen voraussichtlich nicht verweigert werden dürfte. Anderenfalls würden Sie und Ihr Sohn in Deutschland als Deutsche, in Frankreich dagegen als Franzose gelten, also doppelte Staatsangehörigkeit besitzen, wodurch Ihnen ebenfalls ernste Schwierigkeiten erwachsen könnten.

Der Generalsekretär
der Regierungskommission des Saargebietes.
gez. Unterschrift.

Wozu haben die vertragschließenden Staaten ausdrücklich festgelegt, daß im Falle des Erwerbes einer neuen Staatsangehörigkeit dies den Verlust jeder anderen Staatsangehörigkeit zur Folge hat?

Von einer doppelten Staatsangehörigkeit ist im Friedensvertrag keine Rede.

Trotz Verhandlungen in Genf, Locarno, Thoiry, wird an diesen nicht mehr zeitgemäßen Bestimmungen auffallenderweise immer noch krampfhaft festgehalten. Alle Verordnungen der Regierungskommission werden nicht im geringsten an der Tatsache etwas ändern, daß das Saargebiet seinen rein deutschen Charakter wahrt. Auch neu gebackene Saareinwohner aus dem Auslande vermögen dem Deutschtum im Saargebiet keinen Abbruch zu tun. Letzten Endes wird sich auch die Regierungskommission der Einsicht nicht mehr verschließen können, daß alle Maßnahmen, die darauf hinzielten, dem Deutschtum im Saargebiet Abbruch zu tun, ihren Zweck verfehlten und, bei Licht besehen, lächerlich wirkten. Die Jahrtausendfeier hat es bewiesen, und wenn es zur Volksabstimmung kommt, wird auch diese es beweisen, daß die Saargebietsbewohner kein Gemisch aller Nationen sind, sondern daß es ein kerndeutsches Volk ist, welches seiner Heimat auf immer treu bleiben wird.

Die vielen früheren Verordnungen der Regierungskommission, die darauf hinausgehen, in erster Linie das Schwergewicht auf den französischen Einschlag zu legen, bilden für die spätere Geschichtsschreibung ein wunderbares Material. Im Friedensvertrag war von alledem nichts gesagt. Die Spekulation der Franzosen auf das Saargebiet war falsch, das wird ihnen bei der Volksabstimmung bestätigt, wenn es nicht schon vorher zur Liquidation kommt.

Verschärfung der Lage im Saargebiet.

Die Saarwirtschaftskrise.

Die Handelskammer Saarbrücken beschäftigte sich in ihrer ersten Vollsitzung dieses Jahres in erster Linie mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise für Handel und Industrie des Saargebiets. Der Präsident der Kammer, Louitwin von Boch stellte zunächst mit Genugtung fest, daß die Kammer im vergangenen Jahre vor allem in der Zollfrage nicht zu unterschätzende Erfolge erzielt habe. Nach fast zweijährigen Verhandlungen sei es im August gelungen, zunächst für die Glas- und Keramindustrie, im November für die saarländische Schwer- und weiterverarbeitende Industrie die Zollerleichterungen im Verkehr mit dem Reichsgebiet vertraglich festzulegen, die der wirtschaftlichen Zugehörigkeit des Saargebietes zum Reich entsprachen. Gleichzeitig sei es leider nur in bescheidenem Umfange gelungen, die Versorgung von Handel und Industrie im Saargebiet mit deutschen Erzeugnissen, vor allem Maschinen, sicherzustellen.

Es sei jedoch der Saarwirtschaft nicht vergönnt, die in der Zollfrage erzielten Erleichterungen für den Wiederaufbau der notleidenden Saarwirtschaft voll auszuwerten. Der französische Franken, gegen dessen Einführung im Saargebiet die Kammer immer auf das nachdrücklichste gewarnt habe, mache mit seiner Kursbesserung einen dicken Strich durch die Rechnung. Der französische Franken habe sich binnen 4,5 Monaten um fast die Hälfte seines Wertes gebessert. Dagegen seien die Selbstkosten der Saarwirtschaft für Rohmaterialien, vor allem für Kohle, elektrischen Strom, Lohn und Fracht auf ihrem alten Stand geblieben. Der deutsche Markt, der bisher einen Ausgleich für die Verluste auf dem französischen Markt brachte, der deutsche Markt, der der Saarwirtschaft durch vertraglichen Abmachungen erst jetzt wieder geöffnet sei, bringe trotz seiner Marktpreise Verluste, gemessen an den saarländischen Frankenselbstkosten.

Die Kammer habe nicht gezögert, die Regierungskommission auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Sie werde auch bei den Verhandlungen, die im Anschluß an die Vollversammlung mit sämtlichen Mitgliedern der Regierungskommission geführt würden, nicht versäumen, die Regierungskommission auf die Verpflichtung hinzuweisen, die Gefahren, die der Saarwirtschaft aus der Deflation und der bevorstehenden Stabilisierung des französischen Franken erwachsen, so weit es in ihren Kräften stehe, zu mildern. In erster Linie müßte die Regierungskommission sich mit ihrer ganzen Autorität für eine Herabsetzung der Kohlenpreise bei der französischen Grubenverwaltung einsetzen. Wenn im Saargebiet ausdrücklich die Bestimmung vorgesehen sei, daß die französischen Saargruben der saarländischen Wirtschaft die notwendigen Kohlen zur Verfügung stellen müssen, so habe diese Bestimmung nur dann einen Sinn, wenn sie nicht nur der Menge, sondern auch dem Preise nach erfüllt wird. Der Preisabbau im Saargebiet, der bei der anhaltenden Besserung des französischen Franken zur unbedingten Notwendigkeit geworden sei, wenn die Saarwirtschaft ihre Konkurrenzfähigkeit nicht ganz verlieren wolle, müsse bei dem Rohstoff einsetzen, auf dem die gesamte Saarwirtschaft aufgebaut ist, bei der Saarkohle. Der jetzige Saarkohlenpreis, der um rund 40 Prozent über den Preisen der Ruhr liege, sei einfach untragbar und unhaltbar. Die Regierungskommission werde weiter die Verpflichtung übernehmen müssen, die Tarife der Saarbahnen wesentlich herabzusetzen. Es werde nicht genügen, die Tarife als solche zu ermäßigen, sie werde darüber hinaus alle Mittel zur Erstellung direkter Tarife mit der deutschen Reichsbahn erschöpfen müssen.

In der Richtung auf Wiederangliederung des Saargebietes an die deutsche Verkehrsgemeinschaft lägen auch die Wünsche der Kammer um Anschluß an das deutsche Wasserstraßennetz. Voraussichtlich werde noch vor Ende des Monats des Reichsverkehrsministerium die Denkschrift für die Erstellung einer Kanalverbindung zwischen der Saar und dem Oberrhein unterbreitet.

Der Stand der Währung rücke weiter die Frage der Aufwertung, der Umstellung und der Rationalisierung näher. Außerdem werde es notwendig sein, in verstärktem Maße für Handel und Industrie des Saargebietes neue ausreichende Kreditquellen zu erschließen.

In der sich anschließenden Aussprache berichtete Herr Assessor Lütke eingehend über die eingeleiteten Verhandlungen mit der Regierungskommission, betreffend die Kohlenpreise und Frachten und insbesondere über die Verpflichtungen der Regierungskommission, notwendigenfalls von den Bestimmungen des Saarstatuts über die Befriedigung des saarländischen Kohlenbedarfs der Bergwerksdirektion gegenüber auch hinsichtlich der Kohlenpreise Gebrauch zu machen. Aus Kreisen des Handels wurde gleichzeitig mehrfach die unbedingte Notwendigkeit unterstrichen, in besonderen Verhandlungen der Regierungskommission die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Steuerlast und insbesondere der Umsatzsteuer nachzuweisen, die in Inflationszeiten noch erträglich, gegenwärtig aber ruinös auf den gesamten Handel um so mehr wirken müsse, als die Umsatzsteuer auf die Waren meist nicht nur einmal, sondern mehrmals in Anrechnung käme, bis sie dem Verbraucher zugeführt werden könne.

In der Frage der handelsvertraglichen Beziehungen zum Reichszollgebiet gab die Kammer im Anschluß an eingehende, zum Teil vertrauliche Erläuterungen von Syndikus Martin der Hoffnung Ausdruck, daß es nicht zu einem neuen vertraglosen Zustand kommen möge. Es darf nach Ansicht der Kammer sowohl von der französischen als deutschen Regierung erwartet werden, daß beide darauf bedacht sein werden, die mühsam angeknüpften Beziehungen auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Sollte es nicht möglich sein, zu einer allgemeinen Revision der bestehenden Verträge — deutschfranzösisches Handelsprovisorium vom 5. August, 1. Saarabkommen vom selben Tage, 2. Saarabkommen vom 6. November 1926 — unter gleichzeitigem Abschluß eines allgemeinen deutsch-französischen Handelsabkommens zu gelangen, so müsse zum mindesten erwartet werden, daß die bestehenden Verträge bis auf weiteres verlangert würden. Die Kammer müsse weiter entsprechend der Zugehörigkeit des Saargebietes zum französischen Zollgebiet verlangen, daß ihr der neue französische Zolltarifentwurf vor der endgültigen Festlegung zur Begutachtung ebenso zugehe wie den Handelskammern und wirtschaftlichen Organisationen des übrigen französischen Zollgebietes, zumal die Befürchtung besteht, daß die französische Industrie im Hinblick auf den allgemeinen deutsch-französischen Handelsvertrag Wünsche für die Höhe der neuen Minimaltarife geltend mache, die den Bezug deutscher Erzeugnisse stark gefährden könnten.

Zu der Frage des kleinen Grenzverkehrs berichtete das Kammermitglied Herr Kaufmann Seiwert-Merzig im Anschluß an eine in der Presse veröffentlichte Entschließung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe von Merzig über die Enttäuschung, die hinsichtlich der vorläufig bekanntgewordenen Bestimmungen des Kleinen Grenzverkehrsabkommens im saarländischen Grenzgebiete herrschte. Das sogenannte Arbeiterprotokoll, das rein äußerlich den Eindruck erwecke, als ob den berechtigten Wünschen einigermaßen Rechnung getragen werde, verfehle teilweise seinen praktischen Zweck durch die Bestimmung, daß nur der Arbeiter selbst, nicht aber seine Angehörigen Besorgungen im Saargebiet vornehmen können. Das Abkommen über den Kleinen

Grenzverkehr im engeren Sinne bereite noch viel größere Enttäuschungen, da in der Liste der hierfür in Frage kommenden Ortschaften nur die ganz unbedeutenden Dörfer, nicht aber die Hauptkonsumstätten berücksichtigt seien. Er bittet infolgedessen um Verständnis dafür, daß bei der Erregung, die sich der Grenzgebiete bemächtigt habe, sich die Erbitterung teilweise in Auslassungen Luft gemacht habe, die in ihrer Form reichlich weit gingen. In der Sache selbst hält er es in einmütiger Zustimmung der Kammer für notwendig, erneut alle geeigneten Maßnahmen zu erschöpfen, die zu einer Linderung der Notstände im Grenzgebiete führen können.

Erfreulicherweise konnte in diesem Zusammenhang die Mitteilung gemacht werden, daß es gelungen sei, die Landesbank der Rheinprovinz zu einem Kredit an den klein- und mittelständischen Handel im saarpreußischen Teil des Saargebietes zu gewinnen. Der Kredit, dessen erster Abschnitt in Höhe von 200 000 RM. in Teilkrediten von 300 bis 1000 RM. den beteiligten Kreisen nach Prüfung der Anträge seitens der Handelskammer durch die Sparkassen zugeleitet werden solle, werde einen Zinsfuß von 2 Prozent über Reichsbanksatz, also gegenwärtig 7 Prozent haben. Die Kammer habe die erforderlichen Schritte eingeleitet, um eine Kredithilfe, wie sie von der Landesbank der Rheinprovinz für den saarpreußischen Teil genehmigt ist, auch für den saarpfälzischen Teil sobald wie möglich durchzuführen.

Mit der Wirtschaftskrise im Saargebiet und mit den Maßnahmen zu ihrer Behebung beschäftigte sich auch die Vorstandssitzung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet. Der Vorsitzende, Dr. v. Vopelius, wies dabei auf die Dringlichkeit der Kohlenpreisermäßigung und auf eine gerechtere Handhabung der Steuerpolitik, die die Wirtschaftskrise an der Saar stark beeinflussen. Er hob ferner die Notwendigkeit erhöhter Kredithilfe hervor. Im übrigen gab er den Sorgen der Saarwirtschaft Ausdruck wegen der Unsicherheit der handelspolitischen Beziehungen zum Reichszollgebiet. Bekanntlich läuft am 21. Februar das deutsch-französische Handelsprovisorium und auch das Saar-Abkommen vom 5. August 1926 ab. Die deutsch-französischen Verhandlungen über eine Verlängerung dieses Provisoriums haben bisher noch zu keiner Vereinbarung geführt. Sie werden erschwert durch die Forderung der französischen Winzer, die verlangen, daß die französischen Weine bei der Einfuhr in das Reichszollgebiet ähnlich behandelt werden wie die italienischen und spanischen Weine. Die Auffassungen der Saarwirtschaft über die zollpolitischen Fragen wurden in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, die telegraphisch der Reichsregierung, der französischen Regierung und der Regierungskommission übermittelt wurden. Diese Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Das saarländische Wirtschaftsleben blickt mit Besorgnis auf den 20. Februar als den Tag, an dem das Saarzollabkommen und das deutsch-französische Provisorium vom 5. August 1926 ablaufen. Da selbst zu dem heutigen vorgerückten Zeitpunkte über Verhandlungen betreffend Verlängerung noch nichts bekannt ist, halten sich die unterzeichneten Körperschaften im Namen der von ihr vertretenen Gesamtwirtschaft des Saargebietes für verpflichtet, die beteiligten Regierungen und die Regierungskommission des Saargebietes auf die großen Gefahren hinzuweisen, die dem Saargebiet bei Störung seines lebenswichtigen Güteraustausches erwachsen müßten. Auf die an sich schon herrschende überaus ernste Wirtschaftslage des Saargebietes sei mit Nachdruck hingewiesen. Unbeschadet aller berechtigten Verbesserungswünsche bitten wir, falls wegen drohenden Fristablaufs Verbesserung untunlich, beide Abkommen in bestehender Form zu verlängern."

In den weiteren Verhandlungen setzt sich der Vorstand erneut für die Einführung direkter Tarife im Verkehr der Saarbahnen mit der Reichsbahngesellschaft und um gleichzeitige Verbilligung der Saarbahntarife ein.

*

Vor einem allgemeinen Wirtschaftskampf?

Der sog. „Friedensvertrag" von Versailles verfolgte bekanntlich das Ziel, Deutschland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich aus der Reihe der Großmächte zu streichen. Clemenceaus ganzes Bestreben war darauf gerichtet, Frankreich neben der militärischen auch die wirtschaftliche Hegemonie zu sichern. Eines der vielen Mitteln, mit denen dieses Ziel erreicht werden sollte, war die Loslösung des Saargebiets vom Deutschen Reiche auf die Dauer von 15 Jahren, die wirtschaftliche Ueberfremdung des Gebietes, der im Jahre 1935 nach genügender „Bearbeitung" die politische Annexion zwangsläufig folgen sollte.

Das Verhalten der Bevölkerung in allen ihren Schichten hat nun diese Berechnungen zuschanden gemacht, so daß mittlerweile kein vernünftig denkender Franzose mehr an eine Angliederung des Saargebietes an Frankreich als „Departements Sarre" glaubt.

Diese durch die Haltung der Bevölkerung erzwungene Aufgabe politischer Hoffnungen bringt aber für diese die größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit sich. Ja, man kann ohne Uebertreibung sagen, daß der Beginn der deutsch-französischen Verständigungspolitik im Jahre 1924 die Verschärfung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Saargebietes durch Frankreich bildet. Angesichts der Tatsache, daß vier Fünftel der über 750 000 betragenden Einwohner des Saargebietes Arbeitnehmer sind — im Saargebiet sind ca. 190 000 Arbeiter beschäftigt — muß sich jede Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage am ehesten und schwersten bei der Arbeitnehmerschaft auswirken. Anscheinend ist auf diesem Gebiete der Kulminationspunkt erreicht. Uebrigens war es jedem wirtschaftlich Denkenden klar, daß diese Zustände im Saargebiet einmal eintreten würden. Die wenigen Kreise, die glaubten, daß es im Völkerbundsland Saarabien der Arbeiterschaft nur gut gehen könnte, sind heute verstummt. Ebenso verstummte der Vertreter Frankreichs in der fünfköpfigen Regierungskommission, der vor Jahren dem Vertreter einer reichsdeutschen Zeitung erklärte, „das Saargebiet würde ein richtiger Arbeiterstaat".

Die eigentliche Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Arbeiterschaft liegt zunächst darin begründet, daß das Saargebiet 1925 dem französischen Zoll- und Wirtschaftsgebiet sollte einverleibt werden. Die Folgen dieses wirtschaftlichen Unsinns, ein Wirtschaftsgebiet von seinem natürlichen Absatzgebiet zu trennen, parierte die deutsche Reichsregierung mit dem System der Zollstundungen für fast die gesamte Saarindustrie. Die Hauptursache lag in der Zerreißung der Wirtschaft des Gebietes selbst. Der Bergbau kam in die Hand des französischen Staates, während die Hütten- und Metall-, ebenfalls Glas- und Keramindustrie in den Besitz französischer Kapitalisten überging. Die Minorität der Aktien blieb in deutschen Händen. Allgemein herrschte im Saargebiet die Auffassung vor, daß die Ueberfremdung hätte vermieden werden können und müssen. Schon allein aus politischen Gründen, denn ohne die Haltung der Arbeiterschaft wäre der Satz „Wer die Wirtschaft hat, verfügt auch über die Menschen", Wahrheit geworden und das Saargebiet für Deutschland verloren gewesen.

Solange die Hoffnung auf französischer Seite bestand, im Saargebiet politische Eroberungen machen zu können, arbeiteten französischer Bergbau und Industrie einträchtig zusammen. Beide führten im Jahre 1920 den Franken als Lohnzahlungsmittel ein, auch die deutschen Hüttenbesitzer folgten. Damals hörte man nichts von einem Kampfe um die Höhe der Kohlenpreise wie es seit 1924 fast dauernd der Fall ist. Die Situation änderte sich aber grundlegend, als das Jahr 1924 das Todesjahr jeder politischen Hoffnungen Frankreichs im Saargebiet wurde.

Was nun im Saargebiet kam, muß als wirtschaftliches Trauerspiel bezeichnet werden. Ohne Rücksicht auf die Folgen trieb die französische Bergverwaltung bei niedrig gehaltenen Löhnen eine Preispolitik, besonders wieder in den letzten dreiviertel Jahren, die jede Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft des Saargebietes und damit der ganzen Bevölkerung vermissen läßt. Daß sich die Bergverwaltung beharrlich vom Steuerzahlen drückt und geradezu lächerliche Summen an den „Saarstaat" abführt, sei nur der Vollständigkeit halber bemerkt.

Darüber hinaus aber versucht die französische Grubenverwaltung auch auf die Lohnpolitik der übrigen Saarindustrie einzuwirken. Das ist ihr, wie schon erwähnt, um so leichter möglich, als der größte Teil der Saarindustrie mit französischem Kapital überfremdet ist. Vorstellungen von Vertretern der Saarindustrie bei der französischen Bergwerksdirektion über den Abbau der Saarkohlenpreise haben bisher einen nennenswerten Erfolg nicht gehabt. Es wurde den genannten Wirtschaftsvertretern im Laufe der Verhandlungen über eine Senkung der Kohlenpreise jedoch empfohlen, auf einen Abbau der Löhne hinzuwirken, da nur dann an einen Abbau der Kohlenpreise zu denken sei. Es ist nicht ganz verständlich, wie sich ein Teil der saarländischen Arbeitgeber auf Grund eines derartigen Hinweises veranlaßt sehen konnte, durch den Arbeitgeberverband der Saarindustrie die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife vornehmen zu lassen. Es war vorauszusehen, daß eine solche Maßnahme die in den Kreisen der Saararbeiterschaft vorhandene gereizte Stimmung nur noch erhöhen mußte.

Es scheint übrigens, daß man auch in einem Teil der deutschen Arbeitgeber der Saarindustrie diese Kündigungsmaßnahme des Arbeitgeberverbandes nicht billigt, auch wenn es sich hierbei lediglich um eine sogenannte „vorsorgliche" Maßnahme handeln sollte. Die Kündigung der Tarife zum 1. März ist natürlich in der Erwägung geschehen, daß bei anhaltender ungünstiger Wirtschaftslage die Löhne und Gehälter herabgesetzt werden sollen. Da das französische Kapital in der Saarindustrie zurzeit das Uebergewicht hat, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß man die Lohn- und Gehaltsfrage in rigoroserer Weise zur Anwendung bringen will.

Es ist übrigens bezeichnend, daß die französische Grubenverwaltung zwar den ersten Anstoß zu einer allgemeinen Lohn- und

Gehaltsherabsetzung gegeben hat, daß sie aber, nachdem sie von der Auffassung in einem Teil der deutschen Unternehmer über diese Angelegenheit erfahren hat, selbst einen Lohnabbau nicht vorgenommen hat. Es ist dies offenbar in der Absicht geschehen, mit der Maßnahme eines Lohnabbaues aus politischen Prestigegründen nicht vorauszugehen, daß sie vielmehr hierin den deutschen Unternehmern den Vortritt lassen möchte, um die jetzt bereits durch die Ankündigung eines Lohnabbaues ausgelöste Erregung der Saararbeiterschaft allein auf das deutsche Kapital abzulenken. Man darf wohl hoffen, daß die deutschen Industrieunternehmer diesen politischen Schachzug der französischen Saargrubenverwaltung durchschauen und — wie es von einem Teil beabsichtigt sein soll, geschlossen einen Lohnabbau ablehnen.

Die Wirkung, die die Ankündigung eines Lohnabbaues in der saarländischen Industrie in der Arbeiterschaft ausgelöst hat, läßt sich in ihrer ganzen Schwere noch gar nicht übersehen. Man fürchtet aber, daß, wenn der Abbau durchgeführt werden sollte, ein Wirtschaftskampf im Saargebiet ausbrechen würde, der wirtschaftlich und politisch den allergrößten Schaden anrichten müßte. Die Saarbrücker Landeszeitung schrieb kürzlich hierzu unter anderm: „Wer aufmerksam das dumpfe Grollen der um kargen Lohn besorgten Arbeitnehmer, wie es in Versammlungen und Presseäußerungen diese Woche sich kund tat, verfolgt hat, wird in keinem Zweifel sein, daß ernste Dinge bevorstehen, denn, wie wir erfahren haben, beabsichtigen die Arbeitnehmer, der Entschlossenheit der Gegenseite, die Löhne abzubauen, eine eben solche Entschlossenheit der Abwehr entgegenzusetzen."

Nicht nur die Ankündigung eines Lohnabbaues, auch die zunehmende Kündigung von Arbeitern in den verschiedensten Werken löst zunehmende Beunruhigung und Erregung unter der Arbeiterschaft aus. In allen Fällen der Arbeiterkündigung wird Absatzmangel angegeben, der sich aus einer überteuerten Produktion ergeben soll. Solche allgemeinen Angaben werden in der Regel von der Arbeiterschaft nicht ohne weiteres geglaubt, da man annimmt, daß in der Zeit bester Konjunktur Gelegenheit war, Reserven aufzufüllen, die heute gegebenenfalls zur Balanzierung bei Festsetzung der Verkaufspreise herangezogen werden könnten. Auf seiten der Unternehmerschaft läßt man diese Argumente nicht gelten, glaubt vielmehr, daß die von der französischen Saargrubenverwaltung absichtlich hochgeschraubten Kohlenpreise der Saargruben dazu dienen sollen, die in der Saarindustrie vorhandenen Reserven herauszuziehen und die Substanz der Wirtschaft anzugreifen. In der Saarbrücker Zeitung wird angedeutet, daß damit die Aufholung des Abstandes verhindert werden soll, der zwischen der technischen und organisatorischen Entwicklung der deutschen Industrie und der abgetrennten Saarindustrie in den letzten Jahren entstanden ist, wodurch die Lebensfähigkeit der Wirtschaft auch für die Zukunft geschwächt wird. „Unsere Bevölkerung wird von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit und der Verarmung bedroht. Paris aber pocht auf die Bedürfnisse seiner Staatskasse." Dann heißt es in dem Artikel weiter:

Die Bergwerkdirektion kann dem Vorwurf wirtschaftsfeindlicher Profitsucht wohl entgegenhalten, daß die Ausnutzung der Konjunktur und das Streben nach einem Gewinn, der den Kapitalwert der Gruben angemessen verzinst, den anerkannten kaufmännischen Grundsätzen der Wirtschaft entspricht. Aber dieser Stundpunkt verkennt die gemeinnützige Bedeutung, die die Gruben für das Saargebiet seit ihrem Bestehen haben. Sie sind die Basis der gesamten Saarindustrie. In der organischen Verbindung mit den Gruben sind die Eisenhütten, die Glashütten, die keramischen Werke und die vielen Nebenzweige der Wirtschaft groß geworden. Ohne sie ist kein Gedeihen möglich. Preußen hat als Besitzer der Saargruben diese Bindungen stets beachtet und gestärkt. Es hat nie die Bergwerke als reine Ausbeuteobjekte betrachtet, und es verzichtete auch mal auf einen Gewinn, wenn die Not der Wirtschaft es erforderte. Der Fehler der Versailler Saarstatuts besteht aber darin, daß es diesem Umstand nicht Rechnung trägt. Zwar heißt es in dem Vertrag, daß die Kohlenversorgung des Saargebiets durch die Gruben sichergestellt bleiben werde; über die Bedingungen dieser „Sicherstellung" aber schweigt sich der betreffende Paragraphenabsatz aus. Pflicht der Völkerbundskommission wäre es, diesen Passus entsprechend zu interpretieren. Denn „die Regierungskomission hat keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckengebietes", so heißt es in Ziffer III, Artikel 50 des Versailler Vertrages.

Nach unseren Informationen verlangt die Industrie eine Herabsetzung der Kohlenpreise um mindestens 20 Prozent. Damit wäre das Niveau der Ruhrkohlenpreise noch bei weitem nicht erreicht. Heute liegen die Preise der Ruhr durchschnittlich 30 bis 50 Prozent unter den Preisen der Saargruben. Man sollte also annehmen, daß auch nach einer Preisherabsetzung um 20 Prozent den Gruben ein Gewinn verbleiben wird. Denn die Betriebsunkosten sind im Saarbergbau kaum höher als im Ruhrrevier. Der Lohnunterschied ist minimal. Lediglich in den Betriebsmethoden sind die Saargruben im Nachteil; Der Ruhrbergbau ist rationalisiert, während der Saarbergbau den Weg der Rationalisierung noch nicht beschritten hat. Das liegt zum Teil an der eigenartigen sozialen Struktur der Bergarbeiterbevölkerung des Saargebiets. Die Sozialpolitik der preußischen Bergwerksverwaltung war bekanntlich stark von Siedelungsgrundsätzen beeinflußt. „Jedem Bergmann sein Haus, sein Land, sein Vieh!" das war die Maxime dieser Politik. So kommt es, daß hier im Saargebiet eine Bergarbeiterbevölkerung wohnt, die eng mit ihrer Scholle verwachsen ist, die bodenständig ist. Aus diesem Grunde wird auch eine Umgruppierung der Arbeitermassen unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung schwerfallen. Trotzdem wird der Saarbergbau dieses Problem lösen müssen, wenn er nicht bei dem beginnenden Wettkampf der Kohlenproduzenten ins Hintertreffen geraten will. Denn die Folge einer dauernden Verschlechterung der Produktionslage der Saargruben muß eine Verringerung der Absatzmöglichkeiten sowie ein Rückgang der Belegschaftsziffern sein. Und das wäre für die Bergarbeiterschaft ohne Zweifel das größere Uebel.

Angesicht dieser ernsten Lage kann man nur die Mahnung an alle die in Frage kommenden Faktoren richten, das Gesamtinteresse im Auge zu haben und daran zu denken, daß die Lebensfähigkeit einer Wirtschaft nicht auf Kosten einer schlechtentlohnten Arbeiterschaft nachgewiesen werden darf.

*

Hilferufe für die saarländische Landwirtschaft.

Die Generalversammlung des Trierischen Bauernvereins in Trier beschäftigte sich unter anderm auch mit der Lage der saarländischen Landwirtschaft. In den vorgetragenen Referaten wurde auf die ungünstigen wirtschaftlichen Wirkungen verwiesen, die sich für die Landwirtschaft des Trierer Gebiets unter anderm auch durch die Abgliederung des Saargebiets ergeben. So haben die Lasten, die die Fürsorge-Pflichtverordnung den Kreisen und Gemeinden auferlegt, in dem Grenzgebiet, insbesondere durch die Fürsorge der elsaß-lothringischen Flüchtlinge, durch die Saargänger und die Luxemburgergänger eine beträchtliche Höhe erreicht. In zwei Entschließungen an die Reichsregierung und an die Preußische Regierung werden die Wünsche für die saarländische Landwirtschaft zusammengefaßt. In einem Telegramm an die Reichsregierung wird erklärt:

Der Trierische Bauernverein, als stärkste bäuerliche Vertretung des Saargebietes, bittet die hohe Reichsregierung für die Erhaltung des bäuerlichen Berufsstandes im Saargebiet, sowohl in kultureller, volkswirtschaftlicher, als auch nationaler Hinsicht, in der Weise zu sorgen, daß wie der Industrie, so auch der Landwirtschaft bei Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten saarländischen Ursprungs, u. a. von Fohlen, Baumschulerzeugnissen, Obst und Obstprodukten in das Mutterland Zollerleichterungen bezw. Zollstundungen gewährt werden.

Desgleichen übermitteln wir die dringenden Wünsche der saarländischen Landwirtschaft an die hohe Reichsregierung, bei den kommenden Zollverhandlungen die berechtigten saarlandwirtschaftlichen Interessen so wahrzunehmen, wie das den Lebensnotwendigkeiten der Saarlandwirtschaft entspricht.

Der Preußischen Regierung wurden die Wünsche in dem folgenden Telegramm bekannt gegeben:

Die Landwirtschaft des Saargebietes befindet sich infolge der ungünstigen staats-, zoll-, wirtschafts- und währungspolitischen Vrhältnisse in der denkbar schwierigsten Lage. Durch die Schwierigkeiten der anderweitigen Geldbeschaffung kommt die landwirtschaftliche Bevölkerung in immer größere Abhängigkeit von Geldgebern aus dem Westen.

Von der Saarregierung ist eine Hilfe auf Gewährung von Krediten, besonders von langfristigen, nicht zu erhoffen, da bei dieser auf Grund der besonderen Verhältnisse die entsprechenden Voraussetzungen fehlen.

Der Trierische Bauernverein hält es für eine besonders dankbare Aufgabe der preußischen Staatsregierung, daß sie durch Gewährung oder Beschaffung langfristiger, möglichst verbilligter Kredite der schwerbedrängten Landwirtschaft des Saargebietes zur Hilfe kommt.

Berliner Werbemonat für deutschen Rhein und deutschen Wein.

Im Hause der Funkindustrie Berlin, einer der großen Messehallen der werdenden Berliner Messestadt, ist am 12. Februar im Beisein einer großen Zahl geladener Gäste eine Ausstellung eröffnet worden, die unter dem Motto „Deutscher Rhein — deutscher Wein!" mit dem Rheinland, mit seinem Wesen, seiner Landschaft und seinem Weinbau bekannt machen soll. Wer erwartet, hier etwa eine Ausstellung zu finden, wie sie für die verschiedensten Wirtschaftsgruppen von den zahlreichen deutschen Messestädten in bunter Reihe dem Publikum geboten werden, der wird mit der Ausstellung „Rhein und Wein" eine Ueberraschung erleben. Wenn die Ausstellung als solche auch vom Berliner Messeamt ausgeht, so hat sie doch ihren erstrebten Charakter in erster Linie durch die landsmannschaftlichen Verbände des Westens — an der Spitze Reichsverband der Rheinländer, Bund der Saar-Vereine und Verein der Pfälzer in Berlin — und durch den Reichsausschuß für Weinpropaganda erhalten. Man sieht in der großen Ausstellungshalle nicht Stände an Stände, die in mehr oder weniger geschmackvollen Aufbau das eine oder andere Erzeugnis rheinischen Landes, rheinischen Fleißes, rheinischer Arbeit zeigen, vielmehr fügt sich das, womit man für das rheinische Land und für rheinisches Rebenblut werben will, stimmungsvoll in den festlich gehaltenen Riesenraum der Halle ein. Der Ausstellungsleitung, in Verbindung mit den rheinischen Verbänden, ist es tatsächlich gelungen, durch die Ausgestaltung des Raumes wenigstens so einen Hauch von rheinischem Wesen hineinzubringen. Alle Farben sind auf zartestes Rosa, lichtes Blau, lebhaftes verschwimmendes Grün abgestimmt. Die beiden Stirnseiten der Halle zeigen im einheitlichen Rahmen heiter stilisierter Wolken Rheinbilder im weiteren Sinne; die Nordseite erfüllt eine rheinische Ideallandschaft, aus der symbolisch ein riesiger, goldiger Weinstock hervorwächst, an der Südseite blickt man auf eine von rheinischen Höhen umgebene romantische Kleinstadt, vor der gerade ein voll beladenes Weinschiff seine Fahrt antritt . . . Der übrige Hallenraum ist durch den heraldischen Schmuck der Wappen der rheinischen Städte zum eigentlichen Festraum gestaltet.

Zwei Ziele hat die Ausstellung „Deutscher Rhein — Deutscher Wein". Das eine ist die Unterstützung der Propaganda für den Besuch rheinischen Landes und rheinischer Bäder, das andere die Förderung der Parole des Reichsausschusses für Weinpropaganda „Trinkt deutschen Wein"! Diesem letzteren Zweck der Ausstellung dient vor allem das Erdgeschoß. Für die Sonderausstellung „Der deutsche Weinbau" hat das Mitglied des Deutschen Weinbau-Verbandes, Dr Meyer-Zeltingen, reichhaltiges Material über Geschichte, Entwicklung, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des deutschen Weinbaues zusammengetragen. Man sieht einen ganzen Weinberg mit den erforderlichen Arbeiten der Rebenpflege, lernt die verschiedenen Maschinen der Weintechnik kennen, gewinnt einen Einblick in die mühselige Arbeit der Schädlingsbekämpfung in den Weinbergen und lernt vor allem auch die Fürsorge des Reiches und der Länder für die Winzerarbeit kennen. Der deutsche Weinbau in seinem ganzen Umfang wird uns also geschichtlich nahegebracht. Wir können seine Entwicklung von den ersten Anfängen, wie sie uns aus der Römerzeit bekannt sind, bis auf den heutigen Stand genau verfolgen. Wir lernen erkennen, welche Mühe, welchen Schweiß und welche Ueberlegung es kostet, um der Rebe am Rhein die Vorbedingungen zu schaffen, damit aus ihr der edle Tropfen hervorgeht, der das rheinische Land weit über Deutschlands Grenzen bis weit über den Ozean hinaus bekannt gemacht hat.

Für die Schönheiten des rheinischen Landes wirbt in erster Linie der Allgemeine Deutsche Bäderverband, der den Strom deutscher Ferienreisender und deutscher Wandergruppen ins Rheinland ziehen möchte. Wenn man so allen bildlichen Darstellungen über die Reize rheinischer Bäder, rheinischer Burgen, rheinischer Dörfer und Schlösser und rheinischer Natur sieht, dann kann man nicht recht verstehen, weshalb der Deutsche lieber ins Ausland geht, um Landschafts-Schönheit zu genießen.

Wie es in den Ankündigungen des Berliner Messeamtes hieß, soll die Ausstellung mit dazu dienen, das Rheinland dem deutschen Volke näher zu bringen und die Sommerreisenden zu veranlassen, ihre Erholung im schönen Rheinland zu suchen. Sie soll weiter dazu dienen, den deutschen Weintrinker davon zu überzeugen, daß in Deutschland am Rhein, an der Mosel, an der Ahr und Nahe und in der Pfalz ein Wein wächst, der den Wettbewerb mit jedem anderen Rebengewächs des Auslandes aushält.

Wir haben am 12. und 13. Februar die weiten Räume der Funkhalle durchwandert, und haben in der Ausstellung einen Hinweis darauf gesucht, daß auch das Saargebiet zum Rheinland gehört und daß an der Saar auch ein deutscher Wein wächst. Wir haben keine Andeutung in dieser Richtung entdeckt. Alle möglichen Städte des Rheinlandes, deren Namen keine Berührung mit dem deutschen Wein haben, sind mit ihren Wappen in der Festdekoration vertreten. Die Wappen Saarbrückens, Saarlouis', Neunkirchens, St. Ingberts usw. suchten wir vergebens. Auch vom Weinbau an der Saar kann man in der Ausstellung nichts erfahren.

Wenn man sich die Ausstellung von einer höheren politischen Warte aus genau betrachtet, so wird man das unangenehme Gefühl nicht los, als hätte man Berliner wirtschaftliche Interessen allen anderen weit vorausgestellt. Zahlreiche Wein- und Sektkojen in anerkennenswert vornehmer Aufmachung enthalten die verschiedensten Reklametricks für die Berliner Weinhändler. Was man jedoch von deutscher Weinkultur erfahren will, das kann man nur im ersten Stock, wo man fast den Eindruck des Verlassenseins gewinnt. Es wäre mit dieser Ausstellung die Gelegenheit gegeben gewesen, mit den rein wirtschaftlichen Zielen, die das Messeamt mit dieser Ausstellung verfolgte, auch eine politische Aufklärungsaufgabe mit zu verbinden. Man hätte zum Ausdruck bringen können, daß das, was wir im Rheinland lieben, was es uns teuer macht, weil es stets deutsch und treu war, auch deutsch bleiben soll für alle Zeiten. Man hätte allen Besuchern augenfällig zu Gemüte führen müssen, daß große Gebiete des Rheinlandes vertragswidrig noch immer eine fremdländische Besatzung haben und daß es im Rheinland ein Saargebiet gibt, dessen Bevölkerung in achtjährigem Abwehrkampf gegen französische Propaganda einen 100prozentigen Sieg davongetragen hat, aber noch immer nicht frei ist, noch immer verwaltungsmäßig und zollpolitisch vom übrigen Deutschland getrennt ist. Die Ausstellung aber des Berliner Messeamtes weiß offenbar vom Saargebiet überhaupt nichts, es gibt sich jedenfalls keine Mühe, die Besucher, die rheinische Wesensart, rheinische Fröhlichkeit durch diese Ausstellung kennen lernen sollen, daran zu erinnern, daß das Saargebiet wie vor mehr als 100 Jahren auch heute uns wieder immer und immer wieder zuruft:

„Denkt, daß von Eurer Schar
Eins trauern muß allein:
An der Brück' an der Saar!"

Saarländische Originale.

Wie de Vedder Luij ämool mit em Audo uff Neinkirje gefahr is un widder reduur. E wohr Geschichtje aus Alt-Saabrigge.

Verzählt vun Fritz Kühner.

„In diesem Geheischder
Bin ich der Meischter!"
Lebensspruch von „Vetter Louis".

De Vedder Luij war in Saabrigge e angesiehni Perseenlichkääd. Er war Schuhschder vun Profseßjohn und hat a ebbes vun sei'm Handwerk verschdann. Vun dem neimodisch Gedinges wollt er awer nix wisse un wann ämol es Geschbrääch uff die neije Moode kumm is, dann hat er nuure mit der Schuller gezuckt un sahd: „Kaloppschuhschder suff, was er heit macht, is morje widder uff!" Er is bei em alde Moode geblieb, hat sei Bech, sei Babb, sei Drohtschbitz un alles selwerschd serechtgemacht un, was mer heitsedah selde se siehn gridd, er kunnd a noch e verninfdiger Rieschder uff e Schuk druff setze, der wo a gehall hat. Wann er draan war, for e Paar Schuh se sohle, do hat er eerschd es Ledder

uff sei'm Kloppschdään gehämmert, bis es geklingelt hat un debei mit sei'm Kanaaljevoogel um die Weit gepiff. Die neije Sohle, die sin hernohde runderum mit der Raschbel un mit ere Glasschirwel glatt verbutzt un denn mit Wachs geglänzt gewe un ehb die fertige Schuh abgeliwwert wor sin, do hat er se der Reih noh gewichst, daß sie geglitzert han, wie e Karfunkelschdään im Doweloch. Wammer de Vedder Luij omends als gesiehn hat hinner seiner Glaskugel hucke un disdele, dann hätt mer kinne menne, er wolld aus de ältschde Schuhschlabbe lauter Ballettschiggeljer mache.

Als echter Schuhschder hat er awer a noch de Mondah heilig gehall. Do hat er seine Fingere die ewig Ruh verschbroch gehadd. Ame Mondah hätte er nix geschafft un wann em Herr Burjemetschder selwerschd die Zehwe fingerlang aus de Schuh erausgeguckt hädde. Mondahs hat er sich eerschd ämol ordlich ausgeschloofd un hernohde, do is er dann gucke gang, was vun Sunndahs noch iwerig geblieb is. Er mußt doch als ämol sei Kunne besuche. Un er hat doch soviel Wirde in der Kundschaft gehadd. De Schluß war gewehnlich immer beim Batschele in der Ewergaß. Do hat er dann so zwische de Auserwählde gehuckt und hat in allem mit se schwätze gehadd. Er war nit wenig schdolz, wann er so neewe em Theedor gehuckt hat, neewe em Herr Schdadtrat, un kunnd mit dem iwwer die Dummhädde debadiere, die wo se im Roodhaus als gemacht han. De Theedoor, der is gewehnlich mit sei'm Freind, em Paul, so geeje siwwe Uhr mit em Audo angeduddert kumm.

Das war domols noch nit jedermanns Sach. De Vedder Luij war gewiß nit bleed un sei Grundsatz is immer gewehn: „Wie uff der Lung, so uff der Zung." Jaa, de Vedder Luij hat ken Blaad vor de Schnawwel geholl. Awer, mit em Theedoor un em Paul hat er sich immer gud geschdann un hat a nix uff se kumme gelaßt. Er wär doch zu gääre a ämool im Audo gefahr. Hie un do hat er als ämol so e bisje geschdichelt un an ähm scheene Moondah, do hat er a widder devun angefang. „Jaa," sahd er als: „Soo kammersch han. Sich so ins Audo eninsitze, un in der Welt erumkutschiere. Das glaaw ich. Unserähns bringts jo im Lääwe nit soweit. Un, mer däd doch ganz gääre a ämool siehn, wie sichs in so eme Audo drin sitze duhd un so." Do is em Theedoor e Licht uffgang un er hat bekebbd, wo de Vedder Luij de Schuk dricke duhd. „Ei, Vedder Luij, for was schwätze ner dann nix?" sahd er: „Ihr sin doch sunschd nit eso bleed. Ihr hädde nuure breiche ämool de Schnawel uff se duhn, do hädde mer Eich schun lang ämool mitgeholl." „Nadierlich," sahd do de Paul: „Un, wann's Eich nix ausmacht, do kinne ner heit omend noch mitfahre uff Neinkirje. Mir fahre gleich ab." „Was, uff Neinkirje, heit omend noch?" kräächd do de Vedder Luij: „Sin ihr dann ganz des Deiwels? Un, do soll ich mitfahre? Ich menn, ihr wille de Narre e bisje mit mir mache. Das meegd ich awer kenem roode." Die zwei, die han awer so treiherzige Gesichter gemacht un han so gladd geschwätzt, daß ersch seledschd doch geglaabd hat. Vedder Luij hat noch e bisje de Schenereese geschbielt un dann war er inverschdann. Er is mit enaus, de Paul hat sich voore bei de Schoffeer gehuckt un de Vedder Luij is hinne neewe de Theedoor kumm. Dann is es losgang, was gebschde, was haschde. Es war e feiner, zu'ner Wahn un das Hobbele hat em Vedder Luij Schbaß gemacht. „Das schoggelt bal noch besser, als wie unser Kannebee dehem", sahd er als, un de Theedoor hat sich in ähm Schdick mit em unnerhall, sodaß er gar nit gemerkt hat, wo die Rääs enausgang is. De Paul hat dem Schoffeer Beschääd gesahd. Eerschd sin se de Leewe enunner, dann durch die Eisebahnschdrooß, weiter iwer die neij Brick, dann um de Ecke in die Bahnhofschdrooß, iwer 's Sangehanner Maarkblatz, iwer die alt Brick, die Schbichererbergschdrooß un 's Daal enuff iwer de Schloßblatz in die Ewergaß, widder em Leewe enunner un so weider, schdicker sechsmol deselwige Weg im Ringel erum.

Selligsmol hat de Herr Mummes jun. graad die Bols-Bar im Hohenzollernhaus uffgemacht gehadd, un mer kunnd sicher sin, daß sich de Vedder Luij do noch nit enin verlaaft gehadd hat, dann das war em viel zu neimodisch. Un, was menne ner, uff ämol hat jo das Audo vor der Bols-Bar gehall. De Paul un de Theedoor die han de Vedder Luij zwische sich geholl un ehb er sich umsiehn hat, do war er a schun in der Bar drin. „Ei, sin mir dann schun in Reinkirje?" sahd er, un kunnd sich gar nit genungk verwunnere. Er hat sich innewenzig im Logahl ämol umgeguckt, un do es em a alles so fremd vorkumm. Er hat bal die Maulschberr gridd, wie er de Betrieb do gesiehn hat. „Ei, guck ämol do, die Bauwere vun Neinkirje," sahd er als: „Die mache uns aweile ebbes vor. Un wie se sich all uffgekratzt han. Ich hätt mich doch solle a e bisje annerschder anduhn. Do kumme mir Schdädter nimmeh mit." Besunnerschd die Schdiehl, die han ne aarig indressiert. „Bal wie mei Schuhschderschduhl, nuure dreimool so hoch un mit eme Bään meh," sahd er. Er hat sich gleich ähner anekdiert un hat sich a ganz wohl druff gefiehlt. Un dann, eerschd die Schnäps — —. Er hat als die Auwe verdreht un hat's Meilche geschbitz, wie e Kuh noh ere Erbier. „Das laaft, wie Eeel," sahd er als, „mer schbiert's ordlich bis in die klään Zehb." Noh ere Weil, do hat er em Theedoor ins Ohr gepischbert: „Wääschde, do fahre mer noch essdersch her. Mer holle a ämol es Batschele mit, daß der sich ämol das Muschder angucke kann." In ähm Schdick hat er sei Glas leer gehadd un wie de Theedoor ne ämol hat wille mahne, er solld e bisje langsam mache, do hat er nuure gelacht un sahd: „Menne ner, ich wär so e Bimbernißje wie Ihr?" un hat sich dran gehall, wie de Narr am Kwetschekuche. Uff ämol is de Paul ämol enaus. Er is e bisje aarig lang geblieb un wie er gar nimmeh erin kumm is, do sahd de Vedder Luij zum Theedoor: „Ich menn, du sollschd ämol noh'm Paul gucke. Wer wääß, wie's bei dem aussieht. Der hat am Enn schun sei Sach." „Ich menn a," sahd de Theedoor un is a enauser. Er is awer a nimmeh widderkumm. Do sahd de Vedder Luij: „Ich muß doch selwer ämol gucke gehn. Ich werre am Enn e scheeni Arwet griehn mit de zwei. Wann ich se nuure widder glicklich in Saabrigge hätt." Domit is er enaus. Er kunnd awer ken Schbuur vun ne sinne un hat in seiner Altrazijohn hernoh de Mann hiner em Biffeh gefrohd, wo die zwei nuure kinnde hingerohd sin. Do sahd der, die Herre, die wäre furt un hädde gesahd, sie käämde annere Dah widder for die ganz Zech se bezahle. Awer do — —! De Luij, der war uff ämol graad als wie vun der Kett los. Wie 's Gewidder war er drauß vor der Dier. Er hat links geguckt un hat rechts geguckt, awer, er hat vun de zwei nix meh gesiehn. Sogar es Audo war furt. „Theedoor! Paul!" hat er als gekrääschd. Awer die zwei, die han uff der anner Seit in 'ne Hausdier geschdann un han ken Bibs vun sich gewe. De Vetter Luij war ganz verzweiwelt. „Do schdeht mer jetze, mudderseelig allähn un ganz verlasse in der weite Welt," sahd er als: „Wann das do mei aarem Fraa wißt. Was werd die sich for Gedanke um mich mache. So Figgediewese! So Schigahner! Holle ähm mit uff Neinkirje un besaufe sich so, daß se unserähner ganz vergesse for mit hemm se holle. Mei liwer Theedoor, waard nuure, du trauweriger Lazerooner, ich wähle dich noch ämol in de Schdadrat. Ich moole die ebbes! Un, ich Dirmel, ich muß mich a mit so Galjeveegel inlasse. Jetze huck ich hie bei de Bauwere in Neinkirje un dehemm in Saabrigge, do ward mei aarem Fraa mit em Raachdesse. Jetze kann ich siehn, wie ich aus dem Schlammassel erauskumme un widder hemm uff Saabrigge." Der Bollezeidiener uff em Ecke, der hat als die ganz Zeit zugehorcht un ganz verwunnert de Kobb geschiddelt. Uff ämol kummt er e bisje nägschder un sahd: „Aber, Vetter Luij, was redet Ihr denn da die ganze Zeit von Neunkirchen? Ihr seid doch hier in Saarbrücken." „Ich menn, daß Du e klään bisje doordig bischd," sahd do de Vedder Luij: „Un zudem, ich, ich sin doch nit jedem Dirmel sei Vedder Luij. Bei Eich in Neinkirje eerschd recht nit. Verschdehschdes? Ich sin mit em Audo gefahr! Verschdehschdes? Mit em Audo sin ich gefahr. Betracht mich ämol. Von Saabrigge bis hieher. Verschdehschdes? Mit em Audo. Jawoll. Mit em Herr Paul un em Herr Theedoor, 'm Herr Schdadrat. Verschdehschdes? Das sin feine Herre, die wo noch lang nit e jeder mitholle. Verschdehschdes? Jaa, ich sin per Du mit dene. Betracht mich ämol. Un jetze sin se furt, die miseraawlige Schbitzbuwe; die trauwerige Lazerooner. Wann se nuure de Deiwel lotweis holle dähd. Un ich hucke jetze hie uff eiserem Bauwereneschd. Mudderseelig allähn un verlasse in der weide Welt. Ich griehn bal die Geisgischdere, wann ich nuure an mei Fraa denke. Das aarem Dier huckt jetze a ganz allähn in der Welt. Im meegd graad greine, so lääd duhd mer das. Un alles nuure durch die Schigahner, die elendige. Wann ich se vergisde kinnd, do dähd ichs." „Aber, Vetter Luij," fangt do der Bollezeidiener widder an: „Ihr seid doch in Saarbrücken. Guckt doch, da an der Ecke der Emil Schmidt und da Karl Korn." „Ei, guck mol do, Du kannschd recht han," sahd do de Vetter Luij un hat ordlich uffgeoodmet: „Da han se mich am Enn doch noch mit reduur geholl. Uff ämol war ich am Enn selwerschd vernähd un hans gar nit gemerkt, wie mer widder reduur kutschiert sind. In Neinkirje meegt ich a noch nit ämol begraabd sin. Es geht doch wie e Dunnerwedder mit so eme Audo. Jaa, de Paul un de Theedoor, de Herr Schdadtrat, das sin doch ämol feine Leit, un ich lasse nix uff se kumme." Domit hat er de Schutzmann schdehn gelaßt un is hemm geschoggelt in die Altneigaß. Do hat er seiner Frau de wahre Wunner verzählt, was er an dem Omend alles erläädt hat. Die wollt awer läader nit viel wisse. Sie hat ihm a allerhand verzählt. Das kammer awer nit gud weitersahn. Awer, der Vedder Luij, der hat noch oft an sei eerschd Fahrt mit 'm Audo uff Neinkirje gedenkt, un de Paul un de Theedoor, de Herr Schdadtrat, das ware sei Leit.

(Aus dem Saarkalender.)

„Wie's mich nach der Heimat zieht?"

Saartalerinnerungen von der Pfarreinführung in Bischmisheim.

Bald sind acht Jahre vergangen, seit der länger als ein Vierteljahrhundert im Saartal, in Saarlouis, als Pfarrer tätig gewesen, durch militärische feindliche Gewalt heimatvertrieben wurde, und sieben Lenze sind ins Land gezogen, seit er mit Familie an der Ruhr, in Essen-Borbeck ein neues Heim gefunden. Da hatten deutsche Männer sich stark gemacht, in einmütiger Wahl

einen der Söhne, der Pfarrer geworden, in die Heimat an der Saar zurückgerufen und als Pfarrer von Bischmisheim zu wählen. Am „Freudensonntag", dem 16. Januar, 2. nach Epiphanias, fand in dem historisch interessanten Bauwerk Meister Schinkels, in der festlich geschmückten, im regelmäßigen Achteck erbauten Kirche zu Bischmisheim die Feier der Einführung statt. In dankbarer Erinnerung an den heimgegangenen Hirten der Gemeinde, der 34 Jahre lang in Treue dort seines Amtes gewaltet hatte, Pfarrer Carl Mannherz, hatte das Presbyterium an seinem Grabe einen Kranz niedergelegt und durch die ganze Feier zog sich Wunsch und Gelöbnis, daß auf dem, was der Verstorbene geschaffen, weiter gebaut werde. Acht Geistliche der Synode waren erschienen, vom Moderamen die Herren Superintendent D. Nold, Synodal-Assessor Pfarrer Bleek, Synodal-Skiba Pfarrer Hoenes und der Synodal-Aelteste Herr Meyer, aus den Nachbargemeinden die Herren Pfarrer Geuther und Liz. Döring, die Vikare Röhrig und Gebhard. Die Eltern und, soweit möglich, die Geschwister des Einzuführenden waren dem Zug in die alte Heimat mit dankbarer Freude gefolgt. Vor der Kirche grüßten, Spalier bildend, 70 Konfirmanden ihren neuen Seelsorger. Aus der Heimatgemeinde Saarlouis, aus der früheren Stätte seiner Wirksamkeit, Neudorf-Altenkessel a. d. Saar, nahmen Gemeindeglieder sowie Vertreter des Presbyteriums und der Jugendbewegung teil. Und Kirche wie Nachversammlung wiesen den schönsten Schmuck auf, der sich denken läßt: eine überaus zahlreich versammelte Gemeinde! Das Lehrerkollegium, aus 9 Mitgliedern bestehend, war vollzählig erschienen und verkörperte, was der Herr Rektor zum Ausdruck brachte, die Zusammengehörigkeit von Kirche und Schule in der Aufgabe gemeinsamer Arbeit an der Jugend. Kirchenchor, Musikkapelle und Männerchor von Bischmisheim wirkten, die einen im Gottesdienst, die anderen in der Nachversammlung, ganz vortrefflich mit. So war alles geschehen, um der Feier den für das schöne Gelingen passenden Rahmen zu geben.

Und in diesen Rahmen, wie ihn allseitige Liebe darbot, fügte sich das treffliche Bild ein, als vor festlich geschmücktem Altar der unter Assistenz der mitwirkenden Pfarrer einführende Superintendent Herr D. Nold seine Einführungsansprache hielt über das Christuswort: Joh. 6, V. 47: „Wer an mich glaubet, der hat das ewige Leben" und als, nach den einsegnenden Schriftvota der Geistlichen, im Einklang mit jenem mahnenden Wort der einzuführende jugendliche Pfarrer seine erste Predigt vor eigener Gemeinde unter das Schriftwort stellte: Hebr. 13, V. 9: „Es ist ein köstliches Ding, daß das Herz fest werde, welches geschiehet durch Gnade." In der Nachversammlung brachten herzliche Willkommgrüße „gute Freunde, getreue Nachbaren und dergleichen", unter ihnen der Herr Kirchmeister und die Vertreter der Schulen. Telegraphische Grüße trafen ein aus den Heimatgemeinden an Saar, Ruhr und Rhein. Des Hauses und der Gemeinde zukünftige Pfarrfrau grüßte von Dessau. Von Vertrauen und Liebe war die Feier getragen, und um gleiches offene Vertrauen, Auge in Auge, auch fernerhin bat dankbarst der Eingeführte im Schlußwort der Feier, und am folgenden Tage konnte die Tagespresse an der Saar berichten: „Gestern wurde der Hilfsprediger von Düsseldorf-Unterrath, A. de Haas, d. J., aus Saarlouis, jetzt Essen-Borbeck, in sein Amt als Pfarrer der Gemeinde Bischmisheim eingeführt. Gott segne den Pfarrer, die Gemeinde und seine Heimat an der Saar!"

A. de Haas, d. Ae.

Kleine politische Umschau.

Ein Disziplinarverfahren.

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Saarbrücker Landeszeitung" ausführlich über ein gegen den Ministerialsekretär der Schulabteilung der Regierungskommission, Ferdinand Mattinger anhängig gemachtes Disziplinarverfahren. Am 28. Januar hatte Mattinger vor dem Disziplinarrat für die Zentralverwaltung der Regierungskommission zu erscheinen. Oeffentlichkeit einschließlich Presse waren ausgeschlossen. Das genannte Blatt konnte aber aus der stundenlangen Verhandlung folgendes in Erfahrung bringen:

Es wurde dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht, daß er sich nicht „vom Urlaub zurückgemeldet" habe Da bis heute die Schulabteilung der Regierungskommission nicht militärisch organisiert ist, war der „Angeklagte" auch nicht verpflichtet, sich vom Urlaub zurückzumelden Aus dem Urlaubsplan kann jederzeit ersehen werden, welche Zeiten jeder Beamte zu beanspruchen hat. Verfügungen, sich schriftlich über die Nichtmeldung zu äußern, sind daher überflüssig, nicht gesetzlich, wenn nicht gar schikanös. M. hat sich überdies bei seinen Dezernenten gemeldet und die Geschäfte liefen wieder den alten Gang. Ein Krankheitsfall machte eine Ausnahme. Das Nichtgrüßen eines Schulrats konnte dem Sekretär kaum zur Last gelegt werden, denn der betreffende Herr Rat ist nicht sein dienstlicher Vorgesetzter. Er ist nicht gehalten, den Privatsekretär des Direktors stets ehrfurchtsvoll zu grüßen und zu ihm zu kommen, sobald dieser sich nur an die Strippe hängt. Die Anklage basiert darin offenkundig auf falschen Schlußfolgerungen aus den sogen. allgemeinen Beamtenpflichten. Daß er Protest erhoben hatte gegen die Einstellung eines neuen Bureauvorstehers, erscheint nach Lage der Sache als das gute Recht Mattingers. Er hatte überdies nur an den „kollegialen Takt" des betr. Herrn appelliert, der es als ehemals preußischer Gerichtsbeamter hätte ablehnen müssen, sich zum Vorsteher in der Schulabteilung für die bayerischen Verwaltungsschulsachen bestellen zu lassen. Die Verwechselung eines Appells an den kollegialen Takt mit „Anpöbelei" beweist nach Ansicht der Verteidigung nur ein unzureichend entwickeltes Unterscheidungsvermögen. Zu allem Ueberfluß hatten auch die anderen Beamten diese anormale Beförderung als ungerecht empfunden und den Sekretär zu ihrem Dolmetsch gemacht, der bei dem Regierungskommissar gelegentlich der Einführung des neuen Vorstehers zu protestieren hatte. Daraus eine schwere Beamtenbeleidigung zu konstruieren, geht wirklich nicht an, um so mehr, als der Regierungskommissar selbst bei seinem Antritt der Nachfolgeschaft Espinosas erklärt hatte: Wer etwas auf dem Herzen hat, möge sich nur an ihn selbst wenden, er werde den Beamten stets wohlwollend entgegenkommen! Ernstlich kann es nicht bestritten werden, daß ein Beamter berechtigt ist, seine Beschwerde unmittelbar vorzubringen; auch beamtete Personen müssen schon den Mut haben, ihre Sache zu vertreten, selbst wenn einem Vorgesetzten einmal etwas „ins Gesicht gesagt" wird.

Daneben laufen dann im Falle M noch verschiedene Streitigkeiten über die Einaruppieruna des „Angeklagten" in eine niedrigere Besoldungsklasse, als der Sekretär zu verlangen sich berechtigt glaubte. Er hat längere Zeit weniger Gehalt bezogen, als ein dienstjüngerer Kollege, der in einer niederigeren Gruppe war als er. Die hohe Personalkommission redet in solchen Gruppierungsfragen ein gewichtiges Wörtlein mit. Aus verschiedenen Anlässen heraus, glaubte der Sekretär jedenfalls Gründe zu haben, gegen seinen Direktor verbittert zu sein, denn seine Besoldungsaufbesserung ist verschleppt worden, ohne daß die Schulabteilung eingeschritten wäre, ebenso wie der Sekretär bei Beförderungen übergangen wurde, obwohl die Möglichkeit dazu gegeben war.

Wegen der kurz skizzierten „Verbrechen" soll nun der Beamte, der in jahrzehntelanger Arbeit seine Pflichttreue bewiesen hat, nach dem Willen des Anklägers (Dr Collina) mit der Dienstentlassung bestraft werden, während der Anwalt des Beklagten, gestützt auf ein reichhaltiges Gegenbeweismaterial, die Freisprechung bei dem Disziplinarrat beantragt hat. Einer klaren Entscheidung ist das Fünfmönner-Kollegium auch jetzt noch ausgewichen. Ein Spruch ist nicht erfolgt; es wird jetzt ein Gutachten ausgearbeitet, das der Reg.-Komm. unterbreitet werden wird und diese hat dann nach ihrem Ermessen über den neuesten Schulfall zu befinden. Wie er enden wird angesichts des Umstandes, daß der Beklagte in dem einen oder anderen Falle formell nicht ganz richtig gehandelt hat, läßt sich nicht voraussagen. Zu hoffen bleibt nur, daß ein guter Geist der für das Wohl und Wehe unserer Beamten verantwortlichen höchsten Instanz die richtige Erkenntnis einflößen möge.

Auflösung des Gemeinderats Dudweiler.

Durch Verordnung des Präsidenten der Regierungskommission ist der Gemeinderat Dudweiler mit sofortiger Wirkung aufgelöst worden. Den Anlaß hierzu gab das Verhalten der Kommunisten, die durch passive Resistenz es unmöglich machten, daß der Gemeinderat Dudweiler zu beschlußfähiger Sitzung zusammentritt. Bis nach erfolater Neuwahl, die innerhalb sechs Monaten stattfinden muß, beschließt der Kreisausschuß an Stelle des Gemeinderats über die Dudweiler Gemeindeangelegenheiten. Wann die Neuwahlen stattfinden werden, ist noch nicht bekannt geworden. Daß in der jetzt aufgelösten Gemeindevertretung die Zahl der kommunistischen Gemeinderatsmitglieder eine so große werden konnte, ist nur der Lauheit der Wähler der bürgerlichen Kreise zu verdanken gewesen.

Das schutzlose Saargebiet.

Daß das Saargebiet schutzlos jeglicher Grenzverletzung von seiten Frankreichs preisgegeben ist, ergibt sich aus der folgenden in der „Saarbrücker Zeitung" aus Naßweiler zum Abdruck gekommenen Mitteilung:

Berittene Abteilungen der Forbacher Garnison unternehmen öfters Ausritte ins Saargebiet. Daß solche Besuche auch unangenehme Folgen haben können, zeigte sich unlängst. Eine Abteilung von 25 Mann kam nach Naßweiler, wo eine kleine Pause gemacht wurde. Die beiden beaufsichtigenden Offiziere erholten sich in einer Wirtschaft, während die 25 Mann Einkäufe besorgten. Einige bewachten draußen die Pferde, die ganze übrige Gesellschaft drängte sich in das Geschäft des Herrn Schmidt, der gleichzeitig einen Friseurladen hat. Einiges wurde gekauft, aber die Soldaten machten es sich im übrigen bequemer:

das meiste wurde gestripst. Gleich nach dem Fortgang der Leute konnte der Besitzer den Diebstahl feststellen. Es wurde an die Gendarmerie in Forbach telephoniert. Und als die Abteilung zurückkehrte, wurde sie vor der Kaserne von Offizieren empfangen, welche den Dieben die Beute noch abnehmen konnten. Die gestohlene Ware: Rasiermesser, Tabak, Zigarren, sogar eine Geldkassette, konnten dem Besitzer wieder zugestellt werden. Sogar wurde ihm ersetzt, was nicht wieder gefunden worden war. Er hat also wohl keinen Schaden erlitten. Immerhin zeigt sich, daß diese kleinen Streifzüge der Forbacher Garnison auf saarländisches Gebiet, die man übrigens doch wohl als unberechtigte Grenzüberschreitungen ansehen kann, manchmal auch praktisch unangenehme Auswirkungen haben können.

Was wäre in Vorkriegszeiten geschehen, wenn eine Abteilung Soldaten eines Staates unter Mißachtung der Staatsgrenzen in das Nachbarland eingefallen und sich dann dort in dieser „vornehmen" Weise benommen hätte? Nach den Statuten des Völkerbundes „verpflichten sich die Bundesmitglieder, die Unversehrtheit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren". Das Saargebiet untersteht dem besonderen Schutze des Völkerbundes, französisches Militär aber kümmert sich ebensowenig um die Saargebietsgrenzen noch um die Völkerbundstatuten. Durch solche Zwischenfälle, die die Saarregierung noch nicht einmal veranlassen, schärfsten Protest zu erheben, wird das Ansehen der Regierungskommission ebensowenig gehoben wie das des Völkerbundes.

Französische Moral in den Franzosenschulen.

Was für Elemente die französische Grubenverwaltung in das Saargebiet gebracht hat, um die saarländische Jugend in den Franzosenschulen mit „französischem Geist" zu erfüllen, wird durch eine Mitteilung gekennzeichnet, die durch die saarländische Presse geht. Danach ist der seit der Gründung der französischen Schule in Elversberg angestellte Lehrer Lavinger aus Landsweiler-Reden, seit Anfang Februar unter Mitnahme einer ehemaligen Schülerin der französischen Schule im Alter von kaum 15 Jahren (!) spurlos verschwunden. Lavinger selbst ist verheiratet und Vater eines Kindes. Um sich für die kommende Zeit vor materieller Not zu sichern, hat er es verstanden, sich mühelos in den Besitz bedeutender Geldmittel zu setzen. Er nahm nämlich bei der Grubenkasse außer seinem Monatsgehalt auch das eines anderen Lehrers in Empfang, vergaß aber dabei, dasselbe an den betreffenden Herrn abzuliefern. Böse Zungen behaupten, daß er seinen freiwilligen Urlaub dazu benutzte, um nachträglich das noch fehlende Lehrerexamen abzulegen. Da er der spanischen Sprache mächtig ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er sich in Begleitung des Mädchens nach dem sonnigen Süden gewandt hat. Die ganze Entführungsgeschichte erscheint insofern in einem eigenartigen Lichte, als die Mutter des 15jährigen Mädchens von dem Fluchtplane vorher genaue Kenntnis gehabt haben soll. Die Frau des Lehrers sitzt nun ganz mittellos da, auch ist ihr die bisherige Dienstwohnung von der Grube zum 15. Februar gekündigt worden.

Ein früherer Saarkurier-Redakteur vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Saarlouis hatte sich am 7. Februar der verantwortliche Redakteur des „Saarlouiser Journal" Victor Weber wegen öffentlicher Beleidigung der Gewerkschaftssekretäre Kuhnen und Kiefer zu verantworten. Victor Weber war bekanntlich der erste Redakteur, den die französische Propagandastelle für ihr inzwischen eingegangenes Organ, den „Neuen Saar-Kurier", gewonnen hatte. In voller Kenntnis der Bestrebungen dieser Propagandastelle und der Aufgaben des „Neuen Saar-Kurier" hat er nach den Anweisungen des französischen Propagandamajors Richert das Blatt geleitet. Sei es, daß er mit dem ihm als Lohn ausgezahlten Geldern nicht auskam, sei es, daß er mit Herrn Richert nicht immer übereinstimmte. Tatsache ist, daß er eines schönen Tages die Redaktionsräume des „Neuen Saar-Kurier" verließ, um sich während der Zeit des Währungsdualismus und in der ersten Inflationszeit im Saargebiet dem Zigaretten- und später dem Automobilhandel zu widmen. Es soll ihm dabei vorübergehend nicht schlecht gegangen sein, bis er eines schönen Tages auch diese Tätigkeit wieder aufgab, und sich wieder seiner „Gesinnungsarbeit" widmete, die er diesmal dem „Saarlouiser Journal", damals bekanntlich ein Ableger des „Neuen Saar-Kurier", leistete. Victor Weber brachte es dabei fertig, als langjähriger Separatistenhelfer den beiden Gewerkschaftssekretären „separatistische Untriebe" vorzuwerfen. Dieserhalb hatte er sich am 7. Februar vor dem Schöffengericht Saarlouis zu verantworten. Das Urteil ging dahin: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung der beiden Privatkläger Kuhnen und Kiefer, indem er in Nummer 256 der Tageszeitung „Saarlouiser Journal" vom 9. 11. 25 bezüglich der Privatkläger erklärte, dieselben hätten separatistische Propaganda getrieben, zu einer Geldstrafe von 600 Franken, ersatzweise zu einer Gefängnisstrafe von 1 Tag für je 10 Franken und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt einschließlich der den Privatklägern erwachsenen notwendigen Auslagen. Den Privatklägern wird die Befugnis zugebilligt, das Urteil binnen einem Monat nach Rechtskraft einmal in den Tageszeitungen „Saarlouiser Journal", „Saar-Zeitung", „Saarbrücker Landeszeitung" und „Saarbrücker Zeitung" auf Kosten des Angeklagten veröffentlichen zu lassen.

Kleine Tageschronik.

Dankschreiben an die Saarbevölkerung.

Der Reichsausschuß für die Zeppelin-Eckener-Spende teilt mit, daß aus dem gesamten Saargebiet eine Spende von 14 556 RM. aufgebracht wurde und daß dieses Ergebnis besonders deshalb als ein recht erfreuliches angesehen werden müsse, wenn man die wirtschaftliche Not der Saargebietsbevölkerung beachte und sich vergegenwärtige, daß die Sammlung nur für 1 Tag und nicht — wie im Reiche — während einer Woche habe durchgeführt werden dürfen. Der Reichsausschuß spricht der Bevölkerung des Saargebietes, der Saargebietspresse und allen denjenigen herzlichsten Dank aus, die bei der Durchführung der Sammlung mitgewirkt haben.

Saarbrücken. Das Heimatmuseum der Stadt Saarbrücken veranstaltet seit dem 13. Februar in Gemeinschaft mit der Prestel-Gesellschaft in Frankfurt a. M. eine Sonderausstellung graphischer Veröffentlichungen aus deutschen Museen. Die Ausstellung, die bis Ende des Monats dauern wird, bringgt neben deutschen Meistern vor allem kostbare Zeichnungen niederländischer Maler des 16. und 17. Jahrhunderts. Nach den Originalen, die hauptsächlich in der Kunsthalle zu Hamburg sich befinden, sind in bewundernswürdigen, vollendeten, mehrfarbigen Faksimile-Lichtdrucken Wiedergaben entstanden, die in allem ihrem Vorbild gleichen, so daß sie für das Studium einen vollkommenen Ersatz geben und für das schwer zugängliche Urbild zugleich dem Liebhaber graphischer Kunst ein wertvolles Sammelobjekt bieten. Im Museum sind als Neuerwerbung ausgestellt: Bildnis des fürstlich Nassau-Saarbrückschen Generalbaudirektors Friedrich Joachim Stengel, Oelgemälde von Lucius um 1750.

Die Grippe hat in Saarbrücken im Januar nicht weniger als 63 Todesopfer gefordert. Mit der letzten Januarwoche ging jedoch die Grippeepidemie stark zurück. — Die Saarbrücker Rudergesellschaft „Undine" hat ihren Bootspark durch Beschaffung eines neuen Rennachters, eines schweren Gigachters, eines Rennvierers und eines Halbrennvierers auf 18 Boote verstärkt.

Vom Landesverband „Saar" bzw. Ortgruppe Saarbrücken Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wird uns mitgeteilt, daß 482 Kriegergräber auf dem Ehrenfriedhof neue Grabsteine kürzlich erhalten haben. Auch die 15 Kriegergräber auf dem Waldfriedhof in Burbach und die 25 Gräber auf dem St. Arnualer Friedhof wurden mit Grabsteinen versehen. Soweit an den einzelnen noch gut erhaltenen Gedenkzeichen die Inschriften nicht mehr leserlich waren, sind diese erneuert worden. Etwa noch rückständige, schadhafte Gedenkzeichen werden bis zum Volkstrauertag instandgesetzt. — Die Regierungskommission des Saargebiets hat der Hypothekenbank Saarbrücken A.-G. die erforderliche Genehmigung zum Abschluß einer mit den Bankhäusern Ames-Emerich & Co., Chikago-New York und Stropp & Co., New York zu begebenden Dollaranleihe zum Gesamtbetrag von 5 Millionen Dollar erteilt. Das amerikanische Konsortium übernimmt 1 Million 6prozentige, auf 20 Jahre laufende Pfandbriefe. Die Hypotheken, für welche die Stadtgemeinde oder ein saarländischer Landkreis die Ausfallbürgschaft übernehmen, werden in ein Sonderregister eingetragen.

Brebach. Die von der Gemeinde im vergangenen Jahre erstellten Häuser in der Jakobstraße in Neufechingen und am Mühlenweg sind nun vollständig bezogen: 22 Familien haben so eine Wohnung bekommen. Verschiedene Wohnungen im Ort selbst sind dadurch auch frei geworden. In diesem Jahre soll nun an der Jakobstraße weiter gebaut werden. Das Bauprojekt sieht mehrere dreistöckige Wohnhäuser vor, nach deren Fertigstellung die Jakobstraße vollständig ausgebaut ist.

Klarenthal. In der außerordentlichen Generalversammlung des evangelischen Kirchenbauvereins wurde mitgeteilt, daß von den 47 500 Franken betragenden Einnahmen durch freiwillige Beiträge der Mitglieder allein 38 500 Franken aufgebracht worden sind. Das für den Kirchenneubau in Betracht kommende Grundstück wurde käuflich erworben. In einer demnächst abzuhaltenden öffentlichen Versammlung soll die evangelische Bürgerschaft über die Selbstständigmachung der Gemeinde Klarenthal-Krughütte gehört werden.

Ottweiler. Der Kreistag in Ottweiler beschloß in seiner letzten Sitzung, den Kreisausschuß zu ermächtigen, entsprechende Verhandlungen mit der Stadt Neunkirchen über die Freiwerdung Neunkirchens aus dem Kreise Ottweiler zu führen und einen Ausscheidungsvertrag vorzubereiten, der dem Kreistag zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Rockershausen. Die älteste Einwohnerin unseres Ortes, die 92 Jahre alte Witwe Maria Michels, ist am Lichtmeßtage gestorben. Bis in die letzte Zeit erfreute sich die alte Matrone einer guten Gesundheit im Kreise ihrer Enkel und Urenkel.

Kölln. Anfang dieses Monats konnte Jacob Lydorf in Engelsfangen auf eine 50jährige Tätigkeit im evangelischen Kirchenchor zurückblicken. Seit seinem 18. Lebensjahr wirkt Lydorf im Verein mit. Der Jubilar ist als „Wäscherpatt" allgemein bekannt und auch überall beliebt und geachtet.

Völklingen. Zum Direktor der Betriebswerke (Gas-, Wasser-, Elektrizitäts-Werke und Straßenbahn) wurde der Dipl.-Ing. Franz Vogel, Mülheim an der Ruhr, gewählt.

Pflugscheid. Der 24jährige Sohn des Bergmanns Theobald Joh. Puhl von hier ist im Krankenhaus zu Sulzbach an Genickstarre gestorben. Es ist dies der einzige Fall von Genickstarre, der in den letzten Jahren im Köllertal festgestellt wurde.

Uchtelfangen. Für die Gemeinden Uchtelfangen und Wustweiler sind die Bestimmungen der Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben worden.

Dudweiler. In krankhaftem Zustand warf die Frau eines hiesigen Bergmanns das für den Bau des Wohnhauses bestimmte Geld, 18 000 Franken und 300 Reichsmark ins Feuer.

Spiesen. Das in der Hauptstraße am Hungerpfuhl gelegene Wohnhaus der Erben Busch-Glößner ging durch Kauf zum Preise von 10 300 Mark in den Besitz des Bergmanns Peter Koob von hier über. — Kaplan Reuland, der 5 Jahre lang segensreich in unserer Pfarrei gewirkt hat und zuletzt in Simmern (Hunsrück) als Kaplan tätig war, ist als Pastor von Bundenbach ernannt worden.

Hühnerfeld. Im Alter von 84 Jahren ist hier der Mitkämpfer von 1870-71 Peter Klos, gestorben und am 29. Januar zur letzten Ruhe bestattet worden.

Neunkirchen. An den Folgen einer Blinddarmoperation starb hier im 50. Lebensjahre der Leiter des Stadtvermessungsamtes, Stadtvermessungsrat Bär. Mit ihm ist ein aufrechter deutscher Mann heimgegangen, der sich als Mensch und Beamter in gleicher Weise der allgemeinen Wertschätzung der Bürgerschaft erfreute. Ueber zwanzig Jahre stand er in den Diensten der Stadt, die in dem Verstorbenen den Verlust eines zuverlässigen, gewissenhaften Beamten von vorbildlicher Pflichttreue und untadeliger Charakterstärke zu beklagen hat. Er ist der Gründer des städtischen Vermessungsamtes, das er im Laufe der Jahre zu einem vorbildlichen Institut ausgestattet hat.

Wemmetsweiler. Das Wohnhaus der verstorbenen Eheleute Johann Nau-Bur in der Schulstraße, hier, wurde für 7030 Reichsmark von dem Arbeiter Franz Mieger erstanden.

Illingen. Beigeordneter Josef Resch vollendete am 5. Februar sein 70. Lebensjahr. Er ist pens. Bergmann und war von 1907 bis 1923 Gemeindevorsteher der Gemeinde Illingen. Seit 1907 ist er stellvertretender Standesbeamter, seit 1910 Schiedsmann und seit 1915 unbesoldeter Beigeordneter der Bürgermeisterei Uchtelfangen. In allen diesen Aemtern hat Resch sich in verdienstvoller Weise an der Verwaltung der Gemeinde und der Bürgermeisterei beteiligt und deren Interessen stets mit großem Eifer und sachverständiger Hingabe vertreten. — Ihren achtzigsten Geburtstag feierte die Witwe des in den neunziger Jahren hier verstorbenen Fuß-Gendarmerie-Wachtmeisters Otto Bethmann. Die Altersjubilarin, die zu den Aeltesten der Gemeinde Illingen zählt, ist geistig und körperlich noch durchaus rüstig und erfreut sich zugleich eines verhältnismäßig günstigen Gesundheitszustandes.

Hüttersdorf. Der pens. Bergmann Johann Leidinger ist im Alter von fast 77 Jahren gestorben. Er war ein treues Mitglied der katholischen Kirchengemeinde.

Saarlouis. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde erneut auf die wirtschaftliche Notlage der Gemeinden hingewiesen, so daß z. B. die Stadt Saarlouis zur Erfüllung der allernotwendigsten und zwangläufigen Ausgaben einen Steuersatz erheben muß, der bei der relativ geringen Höhe der hier versteuerten Einkommen kaum tragbar erscheint. Neue Einnahmequellen stehen der Stadt nicht zur Verfügung. Eine wesentliche Erleichterung könnte nur durch Zuweisung erheblich höherer Beträge von seiten der Regierungskommission geschaffen werden. In der gleichen Lage befinden sich wie aus einem Zentrumsantrag hervorgeht, auch die übrigen Gemeinden des Saargebiets. Besonders jene, die nicht den Vorzug haben, vom Staat unterhaltene höhere Lehranstalten zu besitzen. Der Antrag gibt der Regierungskommission zur Erwägung, wie sie Einnahmequellen für die Kommunen erschließen kann, und zwar wird vorgeschlagen, die französische Grubenverwaltung zu Steuern heranzuziehen in einer Höhe, wie sie früher die Preußische Verwaltung erhoben hat. Dem Antrage der Zentrumsfraktion wurde zugestimmt. Zur Frage der Verstaatlichung des Gymnasiums wurde von seiten des Vorsitzenden mitgeteilt, daß die Stadt finanziell nicht mehr in der Lage sei, die Unterhaltungskosten für die höheren Schulen aufzubringen. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, der Regierung den Antrag auf Verstaatlichung des Gymnasiums zu unterbreiten. Es soll vorher eine Denkschrift ausgearbeitet werden, in der der Regierungskommission dargelegt werden soll, daß der Kreis Saarlouis der einzige Kries im Saargebiet ist, in dem eine staatliche höhere Lehranstalt nicht besteht.

Beaumarais. Seit einiger Zeit hat in unserem Ort eine Bewegung eingesetzt, die die Loslösung von der Bürgermeisterei Wallerfangen und den Anschluß an die Stadt Saarlouis zum Ziel hat. Eine kürzlich abgehaltene Bürgerversammlung sprach sich entschieden für den Anschluß an Saarlouis aus. Getragen wird dieser Gedanke nicht von einzelnen Kreisen, sondern fast von der ganzen Bürgerschaft. Eine vom Bürgermeister Jacob einberufene Bürgerversammlung, in der er für das Verbleiben in der Bürgermeisterei Wallerfangen eintrat, konnte wegen zunehmender Erregung nicht zu Ende geführt werden.

Merzig. Ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum kann die Firma A. Kahn auf dem Dienstagsmarkt feiern. Im Jahre 1877 gründete der Vater des jetzigen Inhabers das Geschäft, das zuerst aus einem Kolonial- und Kurzwarengeschäft bestand. Heute hat die Firma ein großes Kaufhaus mit Manufaktur-, Schuh-, Wollwaren und Konfektion.

Merzig. Der hier an der katholischen Volksschule tätig gewesene Lehrer Lessel wurde an die Deutsche Schule in Osorno (Chile, Südamerika) berufen. Der Scheidende zeichnete sich hier schon als eifriger Turn- und Sportlehrer aus und war ein Förderer des Turn- und Sportwesens. Lessel hat die Reise nach Südamerika bereits angetreten.

Merzig. Auf unserem Friedhofe ruhen etwa 75 bis 80 Krieger, die teils in den hiesigen Reservelazaretten gestorben, auch teils nach hier, ihrer Heimat, überführt wurden. Die Gräber liegen alle zusammen und ein kleines weißes Kreuz trägt auf jedem Grabe den Namen des Kriegers. Schon längst wurde der Plan gefaßt, auf jedes Grab einen Grabstein zu setzen, das geschieht jetzt. Zwei hiesige Bildhauer sind mit der Ausführung betraut.

Wadern. Zur großen Armee abberufen wurde hier in Wadern ein alter ehemaliger Offizier und Krieger, Generalmajor a. D., Herr Lauer, im Alter von 63 Jahren. Die große Beteiligung an der Beerdigung legte Zeugnis ab von der Beliebtheit, deren der Verstorbene sich erfreute. Kriegerverein mit Fahne, die Spitzen der Behörden, wie die Kreisverwaltung, Bürgermeisteramt usw. gaben dem Krieger das letzte Geleite. Der Verstorbene war vor dem Kriege im großen Generalstab in Berlin und führte im Weltkriege ein Artillerieregiment als Oberst, wobei er sich in der Schlacht bei Ypern besonders auszeichnete.

St. Ingbert. Ein 25 Jahre alter Bergmann aus Dudweiler, der seit vier Jahren verheiratet ist und in St. Ingbert wohnt, versuchte seine Frau dadurch zu vergiften, daß er dem Kaffee flüssigen Giftstoff beimengte. Die Frau wurde jedoch durch den widerlichen Geruch und die veränderte Farbe darauf aufmerksam, daß mit dem Kaffee etwas vorgegangen war. Der „liebenswürdige Gatte" und Vater eines vierjährigen Kindes, wurde verhaftet und dem Gericht vorgeführt. Er gestand die Tat ein und suchte sich damit zu entschuldigen, daß die mißlichen Verhältnisse und die ehelichen Zwistigkeiten ihn dazu veranlaßt hätten. — Die Bevölkerungszahl der Stadt St. Ingbert wurde am 1. Februar mit 21 076 angegeben.

St. Ingbert. Lehrerschaft und Schüler des St. Ingberter Reform-Realgymnasium werden im Laufe dieses Jahres in das neuerbaute, herrlich gelegene Gymnasium in den Seyen übersiedeln. Mit dem kommenden Schuljahre (Ostern 1927) wird die Anstalt als Vollanstalt (9 Klassen) ausgebaut werden.

St. Ingbert. Im Jahre 1902 wurde für die vom Bezirk Zweibrücken losgelösten Distrikte St. Ingbert und Blieskastel das Bezirksamt St. Ingbert ins Leben gerufen, das somit heuer gerade 25 Jahre besteht.

Homburg. Der 19jährige Elektrokranführer Baus aus Altstadt bei Homburg kam infolge Unvorsichtigkeit der Starkstromleitung zu nahe und wurde sofort getötet. Der umgehend hinzugezogene Arzt konnte nur noch den Tod des jungen Mannes feststellen.

Homburg. Die hiesige Kraftwagenbauanstalt und Reparaturwerkstätte Franz Fuhrmann kann in diesem Sommer auf ihr 25jähriges Jubiläum zurückblicken.

Ensheim. Altbürgermeister Peter Bubel wurde unter großer Anteilnahme der Gemeinde zu Grabe getragen. Zwanzig Jahre lang stand der Verstorbene der Gemeinde als Bürgermeister vor, war Mitglied des Distriktsrates. Feuerwehrkommandant usw. Ueberall war er der rechte Mann am rechten Platz. Bubel erreichte ein Alter von 80 Jahren und war einer der wenigen noch lebenden Veteranen von 1870/71.

Personalnachrichten.

Rechtsanwalt Dr. **Wenderoth** in Saarbrücken ist am 7. Februar unerwartet infolge eines Schlaganfalles wenige Stunden nach Beendigung seiner täglichen Berufspflicht am Gericht verstorben. Dr. Wenderoth war weitesten Bevölkerungskreisen des Saargebiets nicht nur aus seiner Rechtsanwaltspraxis, sondern auch aus seiner Tätigkeit als Vorsitzender des im Jahre 1925 wiedererstandenen Kreiskriegerverbandes Saarbrücken bestens bekannt. Kurz vor seinem Tode ist ihm vom Preußischen Landeskriegereverbande wegen seiner Verdienste um das Kriegervereinswesen das Ehrenkreuz 1. Klasse zuerkannt worden. Dr. Wenderoth ist mit bestem Erfolge bemüht gewesen, die alten deutschen Soldatentugenden innerhalb der Kriegervereine wieder zu wecken, die Mitglieder zur Pflichttreue zu Vaterland und Heimat zu erziehen und wahre Staatsgesinnung auf dem Boden der großen Volksgemeinschaft zu erziehen. Auch für die Förderung des deutschen Männergesanges ist der Verstorbene eingetreten. Sein Tod wird in weitesten Kreisen der Bevölkerung allgemeines Bedauern auslösen, da seine Tätigkeit darauf eingestellt war, unter Ueberbrückung der kleinen Gegensätzigkeiten des täglichen Lebens auf das große Ziel deutscher Wiedervereinigung hinzuarbeiten. Der Verstorbene hat vor zwei Jahren die Führung des Gaues Saarbrücken des Saar-Sängerbundes übernommen und sich mit seiner ganzen Person für die Förderung der Sanges- und Musikfache an der Saar eingesetzt. Es sollte ihm leider nicht vergönnt sein, die Früchte seiner Arbeit zu ernten.

Pfarrer Becker in Neunkirchen, der auch dem Saar-Verein und seiner Arbeit kein Fremder ist, konnte am 26. Januar den 30. Jahrestag seiner seelsorgerischen Tätigkeit in Neunkirchen feiern. Pfarrer Becker gehört zu jenen Geistlichen, die, im praktischen Leben stehend, mit der Bevölkerung leben, ihre Nöte gut kennen und danach ihre Tätigekit einstellen. Es ist ihm vielleicht nicht immer leicht geworden, sich über seinen geistlichen Beruf hinaus mit politischen Fragen zu beschäftigen, die, aus der Not der Zeit entstanden, an ihn herantreten. Pfarrer Becker gehört zu jenen geistlichen Führern, die sich deshalb in den Dienst des politischen Lebens stellen, weil gar zu viel Unberufene sich finden, die Führer sein wollen, ohne es in Wirklichkeit zu sein. Seine demokratische Einstellung in Verbindung mit seiner religiösen Grundeinstellung brachten es von selbst mit sich, daß er für den Ausgleich der Gegensätze eintrat, daß er Licht und Schatten im wirtschaftlichen Leben zu verteilen wußte, um die scharfen und krassen Gegensätze zu vermeiden. Er ist für Milderung der Not der arbeitenden Bevölkerung stets mannhaft eingetreten und hat versucht, vermittelnd zu wirken, wo die wirtschaftlichen Gegensätze gar zu oft und zu scharf auf einander platzten. Gesegnet mit einer vollendeten Rednergabe, hat er es weiter verstanden, für seine Kirche und seine Kirchengemeinde zu wirken. Von ihm darf man mit Recht sagen, daß er im Rahmen seiner Wirksamkeit in Neunkirchen Freud und Leid mit seiner evangelischen Gemeinde, mit der Bevölkerung geteilt hat. Als Stadtverordneter hat er sich rückhaltlos für die Gemeindeinteressen eingesetzt und ist im übrigen ein unerschrockeneer Kämpfer für das Deutschtum an der Saar gewesen. Es ist uns daher eine Herzenspflicht, Herrn Pfarrer Becker als Geistlichen, als Menschen und als Volksfreund unsere herzlichsten Glückwünsche zur Vollendung einer 30jährigen Tätigkeit in Neunkirchen auszusprechen.

Auf eine ununterbrochene 40jährige Tätigkeit im Dienste der Firma Donnevert u. Leroy, Holzgroßhandlung in Fraulautern, konnte am 1. Februar der Buchhalter Johann Wandernoth in Saarlouis 2 zurückblicken. —Auch der Holzfaktor Jak. Malburg in der Neustraße zu Saarbrücken 2 konnte sein 40jähriges Dienstjubiläum, und zwar bei der Firma Michler Weil u. Ruehl A.-G. in Saarbrücken feiern.

Ihr 30jähriges Jubiläum im Dienste einer Familie konnte in Merzig die Hausangestellte Fräulein Maria Morbe aus Haustadt begehen. 30 Jahre ist die Jubilarin im Dienste der Familie Bahnspediteur Jedem und erfreut sich großer Beliebtheit. — 25 Jahre stand am 1. Januar d. J. das Dienstmädchen Katharina Leh bei der Witwe Julius Witt in Schiffweiler in Diensten. Beiden Jubilarinnen wurde von der Regierungskommission ein Anerkennungsschreiben mit je einem Geldbetrage für treue Dienste übersandt.

Sein 40jähriges Dienstjubiläum feierte am 15. Januar Stadtbaumeister und Branddirektor Knipper in Saarbrücken. Seitens der Stadt wurde dem Jubilar ein Glückwunschschreiben übersandt, indem es unter anderem heißt: „. . . . Nicht nur an der Entwickelung der Berufsfeuerwehr der Stadt Saarbrücken und der hiesigen freiwilligen Wehren waren Sie hervorragend beteiligt, sondern waren auch für das Feuerlöschwesen in der Rheinprovinz und besonders im Landkreise Saarbrücken an führender Stelle mit Erfolg tätig. Damit haben Sie sich weit über Ihre Heimatstadt hinaus auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens unvergeßliche Verdienste erworben. Aber auch als Stadtbaumeister haben Sie es verstanden, den Ihnen unterstehenden Betrieb den Bedürfnissen einer Großstadt anzupassen."

Stadtbaumeister Knipper ist in Saarbrücken eine so bekannte Persönlichkeit, daß es kaum notwendig erscheint, auf diese Tatsache besonders hinzuweisen. Seine besondere Art dienstlich und außerdienstlich mit der Bevölkerung zu verkehren, haben ihm die Sympathien weitester Kreise der Bevölkerung eingetragen. Es ist selbstverständlich, daß an seinem Ehrentage ihm von allen Seiten die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck gebracht wurden. Auch wir möchten noch nachträglich ihm unsere Wünsche übermitteln und hoffen, daß er noch recht lange seinen Dienst im Interesse der Bevölkerung, zum Besten der Stadt und zum Wohle der Allgemeinheit versehen kann. Vor allem hoffen wir, daß es ihm vergönnt sein möge, die Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem übrigen deutschen Vaterlande in Gesundheit und geistiger Frische zu erleben.

Die 50jährige Zugehörigkeit zum Männergesangverein Borussia in Rußhütte gab dem Deutschen Sängerbund Veranlassung, den Mitgliedern Herrn Fritz Lehnhoff, Gründer und lange Jahre Vorsitzender des Vereins, und Herrn Abt den Deutschen Sänger-Ehrenbrief zu verleihen. Im Auftrage des Saar-Sängerbundes überreichte der Geschäftsführer desselben, Herr Rauchholz, die Urkunden an die Jubilare mit warmen Worten der Anerkennung.

Großkaufmann Arnold Becker in Saarbrücken wurde zum Ehrenmitglied der Handelskammer Saarbrücken gewählt. Bekanntlich ist Herr Becker schon vor dem Kriege in seiner bekannten liebenswürdigen ruhigen Art für die Interessen des saarländischen Handels eingetreten. Auch nach dem Kriege und vor allem während der äußerst schwierigen Lage der saarländischen Wirtschaft hat er sich als anerkannter Sachverständiger für das saarländische Wirtschaftsleben, für Handel, Gewerbe und Industrie an der Saar eingesetzt.

Bestätigt. Zum Bürgermeister von Hilbringen ist der bisherige Bürgermeister von Ludweiler, Jakobs, bestätigt worden. In schwerer Zeit hat Bürgermeister Jakobs die Leitung der großen Bürgermeisterei Ludweiler übernommen und sich zweifellos in der Zeit seiner Ludweiler Tätigkeit große Verdienste um die Gemeinde erworben.

Die diamantene Hochzeit feierten die Eheleute Paul Bonnard und Susanne, geb. Wenner in Becus. Das Ehepaar erfreut sich allgemeiner Beliebtheit und ist körperlich und geistig noch rüstig. Der Jubilar ist Teilnehmer der Kriege in den Jahren 1864/66 und 1870/71.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Nikolaus Berndt und Gertrud, geb. Uwer in Saarbrücken-Rußhütte (am gleichen Tage konnte eine Tochter des Jubelpaares die silberne Hochzeit feiern), Johann Quack und Elisabeth, geb. Weiß in Landsweiler, pens. Eisenbahner Jakob Jacob und seine Ehefrau Elise, geb. Thiery in Merzig, Nikolaus Müller und Anna, geb. Oberbillig in Wadern, Jakob Esbach und Katharina, geb. Eßler in St. Ingbert, pens. Bergmann Johannes Hemmerling in Niederwürzbach, Haueis-Dörr zu Hofterhof, Jakob Hellenbrandt-Nalbach in Dillingen, Steiger a. D. Jakob Weingardt in Wellesweiler.

Das Fest der silbernen Hochzeit feierten die Eheleute Faktor Franz Elze und Frau Katharina, geb. Stephan in der Schuhmannstraße in Saarbrücken, Schuh in Saarbrücken-Burbach, Schottstraße, Stellwerksmeister Johann Birtler und Henriette, geb. Walter in Saarbrücken-Rußhütte, Peter Sersch und Frau Barbara, geb. Merl in der Neuwiederstraße in Saarbrücken.

Sein 25jähriges Berufsjubiläum als Pflasterermeister konnte Conrad Philipp in Saarbrücken, Neuwieser Straße, feiern.

*

Todesfälle. Saarbrücken: Fritz Hoffmann; Frau Caroline Spaniol, geb. Jost, 59 Jahre; Frau Wwe. Clara Kraemer, geb. Schieble, 70½ Jahre; Heinrich Konrad, 50 Jahre; Rudolf Hartmann, 43 Jahre; Frau Karoline Becker, geb. Altpeter, 63 Jahre; Frau Marie Burens, geb. Scheil, 28 Jahre; Frau Sophia v. Heeckeren v. Brandsenburg, geb. Buddensick, 54 Jahre; Ludwig Diener, 33 Jahre; Frau Margarethe Otto, geb. Köhl, 50½ Jahre; Frau Maria Jungfleisch, geb. Steinbach, 23 Jahre; Christian Klein, 53 Jahre; Frau Karoline Weber, geb. Kunz, 72 Jahre; Fräulein Mathilde Jacob, 26 Jahre; Fräulein Ludowika Grewenig, 24 Jahre; Frau Thekla Podskalsky, geb. Mulzer, 66 Jahre; Friedrich Becker, 55 Jahre; Frau Elisabethe Becker, geb. Kappel, 67 Jahre. — **Brebach:** Frau Witwe Florine Engel, geb. Kalkoffen, 56 Jahre. — **Rockershausen:** Frau Wwe. Anna Maria Michels, geb. Hornetz, 92 Jahre. — **Völklingen:** Jakob Dorr jr., 36 Jahre. — **Elversberg:** Frau Pauline Bendle, geb. Oberreuther, 89 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Berta Windecker, geb. Arendt, 63 Jahre; Frau Kath. Dossing, geb. Primm, 73 Jahre. — **Hühnerfeld:** Peter Klos, 78 Jahre. — **Wellesweiler:** Christian Regitz, 80 Jahre. — **Heiligenwald:** Jakob Martin, 51 Jahre. — **Bildstock:** Frau Jakob Brück, Elisabeth Maria, geb. Schnur, 39 Jahre; Karl Balzer, 41 Jahre. — **Lohhof:** Frau Bergrat Dannenberg, geb. Silbereisen,

85 Jahre. — **Ensheim:** Peter Bubel, 80 Jahre. — **Neunkirchen:** Ludwig Zwang, 71 Jahre; Frau Philippine Moog, geb. Schwenk, 61½ Jahre; Wilhelm Föllmer, 35 Jahre; Fritz Bär; Frau Wwe. Katharina Ulrich, geb. Fichtner, 56 Jahre; Ludwig Schubert, 65 Jahre; Bernhard Bohne, 67 Jahre; Wilhelm Anken, 57 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Frau Emma Barthels, geb. Presser, 36 Jahre. — **Ottweiler:** Gertrude Bleimehl, geb. Mester 24 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Wwe. Nikolaus Mohr, Agathe, geb. Lieser, 75 Jahre. — **Frauluutern:** Frau Wwe. Marg. Dimmig, geb. Dietz 84 Jahre. — **Merzig:** Frau Maria Steinmetz, geb. Gimmler, 80 Jahre. — **Remmesweiler:** Joh. Nikolaus Krob, 83 Jahre. — **Blieskastel:** August Schmidt, 45 Jahre. — **Wadern:** Joseph Lauer, 63 Jahre.

Saarwirtschaftsleben.

Eine Herabsetzung der Saarkohlenpreise um durchschnittlich 4—5 Frank pro Tonne, hat die französische Bergwerksverwaltung mit Wirkung vom 1. Februar 1927, beschlossen. Auf dem deutschen Markt macht die Ermäßigung etwa 0,50 Mark pro Tonne aus.

Ueber den deutsch-saarländischen Warenaustausch im Jahre 1926 sind in der Monatsübersicht über den auswärtigen Handel Deutschlands im Dezember 1926 bestimmte Angaben enthalten. Danach weisen, abgesehen von den Ausfuhrzahlen der saarländischen Eisenindustrie und der Keram- und Glasindustrie, auch die Dezemberzahlen eine Besserung nicht auf. Wie schon in der letzten Handelskammersitzung ausgeführt wurde, hat die Deflation des französischen Franken die Hoffnungen auf die Erleichterungen aus den Saarzollabkommen vom August und November wieder zunichte gemacht. Befriedigend liegen die Zollverhältnisse lediglich für die Eisen-, Keram-, und Glasindustrie, für die weiterverarbeitende Industrie muß sich die Besserung noch ergeben, im übrigen sind die weitergehenden Zollwünsche des Saargebiets von dem Fortlauf der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich abhängig. Das gegenwärtige Provisorium läuft am 21. d. Mts. ab, so daß wohl vorerst nur mit einer Verlängerung dieses Provisoriums gerechnet werden kann, ohne daß eine Erleichterung der allgemeinen Saarzollage zu erhoffen ist. Wann endlich mit dem Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich, dessen Aussichten gegenwärtig wieder schlechter geworden sind, gerechnet werden kann, ist zurzeit noch nicht abzusehen.

Die gesamte Warenausfuhr aus dem Saargebiet in das Reich im Jahre 1926 beträgt 1 790 581 To., dieser Ausfuhr steht eine Einfuhr aus dem Reiche von 972 119 To. gegenüber, so daß das Saargebiet eine Mehrausfuhr von 814 472 To. zu verzeichnen hat. Der Warenaustausch verteilt sich wie folgt:

Erzeugnisse der Eisenindustrie	590 857 To.	26 362 To.
Maschin. u. elektrotechn. Erzeugn.	21 829 St.	6 955 St.
Mineral. u. foss. Rohstoffe	1 109 852 To.	740 454 To.
Erzeugn. d. Keram- u. Glasindustrie	65 095 To.	10 489 To.
Erzeugn. d. Forst- u. Landwirtsch.	22 880 To.	189 545 To.
Verschiedenes	1 845 To.	5 267 To.

Im Monat Dezember hat sich die Ausfuhr der Erzeugnisse der Eisenindustrie von 631 786 Dz. gehoben, die Ausfuhr an Maschinen stieg von 1854 im November auf 1950. Die Ausfuhr von Saarkohlen nach dem Reiche war im Oktober von 845 065 Dz. im Durchschnitt bis dahin auf 521 941 Dz. gesunken. Der November brachte einen weiteren Rückgang auf 337 537 Dz., die Dezemberausfuhr weist wieder eine Zunahme auf 514 033 Dz. auf, bleibt aber hinter dem Monatsdurchschnitt noch weit zurück Eine Zunahme der Ausfuhr hat, wie schon erwähnt, auch die Keram- und Glasindustrie zu verzeichnen, die Ausfuhr ist von 63 346 Dz. im November auf 67 492 Dz. gestiegen. Der Austausch an Erzeugnissen der Forst- und Landwirtschaft weist bezüglich des saarländischen Anteils einen starken Rückgang auf, von 16 104 Dz. im November auf 7270 Dz. im Dezember. Das Gesamtbild läßt erkennen, daß die beiden Saarzollabkommen eine befriedigende Lösung der saarländischen Zollverhältnisse noch nicht gebracht haben. Angesichts der Schwierigkeiten, in der sich die saarländische Wirtschaft gegenwärtig wieder befindet, ist auf eine baldige Besserung wohl kaum zu hoffen.

Die Fenner Glashütte diktiert Lohnabbau. Wir teilten bereits in unserer letzten Nummer mit, daß die vollständig in französischen Händen befindliche Fenner Glashütte den bestehenden Lohn- und Akkordtarif kurzerhand durch Anschlag zum 1. Februar mit dem Ziele des Lohnabbaus, kündigte. Der von den Gewerkschaften angerufene Schlichtungsausschuß entschied gegen die Fenner Glashütte und erklärte den Lohntarif weiterhin in Kraft. Unter völliger Ignorierung dieses Schiedsspruchs hat sie am 31. Januar mittags, durch einen zweiten Anschlag der Belegschaft die von ihr, ohne Hinzuziehung der Arbeitervertreter, willkürlich herabgesetzten Lohnsätze bekannt gemacht und stellte den Arbeitern anheim, diese durch Fernbleiben von der Arbeit abzulehnen. Dem Schlichtungsausschuß teilte die Direktion der Fenner Glashütte in einem knapp gehaltenen Schreiben mit, daß sie den Schiedsspruch nicht annehmen könne.

Bekanntlich ist im Saargebiet das Schlichtungswesen nicht so geregelt, wie im übrigen Deutschland, da ein Schiedsspruch nicht verbindlich erklärt werden kann. Die allgemeine Wirtschaftslage an der Saar gestattet es den Arbeitern auch nicht, durch Ausschöpfung der gewerkschaftlichen Machtmittel diese rigoros vorgehenden französischen Unternehmer zur Anerkennung des Schiedsspruchs zu zwingen; ein allgemeiner Streik käme ihnen sogar recht gelegen. Die „Saarbrücker Zeitung" bemerkt zu dem unfairen Verhalten der Fenner Glashütte, daß diese eine Haltung einnehme, die zu mißbilligen sei:

Der Standpunkt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einseitig zu diktieren, gehöre der Vergangenheit an, man suche sowohl auf Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite auf dem Wege gütlicher Verhandlungen zu Vereinbarungen zu kommen. Der Arbeitgeberverband der Saarindustrie habe erst wieder bei Kündigung der Tarife ausdrücklich erklärt: „Soweit bisher die Gewerkschaften an der Ordnung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse mitgewirkt haben, wird auch die Neuordnung nicht erfolgen, ohne die Gewerschaften zur Mitarbeit heranzuziehen." Die Fenner Glashütte setze sich leicht über diese Erklärung hinweg und diktierte eigenmächtig die neuen Lohnsätze. Ein solches Vorgehen sei schon in normalen Zeiten nicht zu billigen, um so weniger in einer Zeit außerordentlich gespannter und kritischer Wirtschaftslage, wie sie augenblicklich im Saargebiet herrsche. Hoffentlich sei hier das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Zwei Feierschichten auf dem St. Ingberter Eisenwerk mußten im Monat Januar verfahren werden. Die Lage der Arbeiterschaft wird dadurch verzweifelt schlecht. Einzelne Abteilungen des Betriebes liegen oft eine Woche lang still und die Arbeiter müssen sich mit geringem Tagelohn begnügen.

Die Zahl der Arbeitslosen im Saargebiet hat sich im Dezember 1926 gegenüber dem Vormonat nahezu verdoppelt, von 1882 auf 3600. Wenn auch der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit — 1,8 Proz. gegen 0,93 Proz. im November — immer noch als außerordentlich niedrig bezeichnet werden muß, so läßt die relativ sehr starke Zunahme der Arbeitslosigkeit im Dezember doch sehr eindeutig den ungünstigen Einfluß der Frankenbesserung auf den Beschäftigungsgrad erkennen. Im Januar macht sich leider weiter steigende Tendenz der Erwerbslosenkurve geltend.

Der Teuerungsindex im Saargebiet, der mit 670 bei einem Durchschnittskurs von 8,11 Franken für die Mark seinen Höchststand erreichte, ist im November bei einem Kurs von 6.97 auf 664 im Dezember bei einem Kurs von 6 auf 643 zurückgegangen. Ein Vergleich von Index und Kurs zeigt deutlich; daß die Teuerung bei weitem nicht in demselben Tempo nachgelassen hat, wie sich der Franken besserte.

Vom Saargbergbau.

Aus dem Saarknappschaftsverein. Der Vorstand des Saarknappschaftsvereins sprach sich in seiner Sitzung vom 26. Januar für Verlängerung des bis zum 21. Januar 1927 in Kraft gewesenen Gegenseitigkeitsvertrages mit dem Reichsknappschaftsverein betreffend Aufrechterhaltung der Anwartschaften aus. Der Reichsknappschaftsverein hatte mit Unterstützung des Reiches im vergangenen Jahre den Betrag von 1,5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt zwecks Aufbesserung der als viel zu gering erkannten Knappschaftspensionen im Saargebiet. Dieser Betrag sollte in 12 Monatsraten zur Verteilung gelangen, so daß monatlich 125 000 Reichsmark hätten in Franken umgewechselt werden müssen. Als die erste Rate im August 1926 zur Auszahlung gebracht werden sollte, stand der französische Franken im Kurs: 1 Mk. = 11 Fr. Auf Grund dieser Tatsache hatte der Vorstand damals beschlossen, den Grundbetrag der Pension als Reichs-Sonderunterstützung am 10. jeden Monats zur Auszahlung zu bringen. Da sich jedoch der Franken seit dieser Zeit wesentlich gebessert hat, mußte allmonatlich ein bedeutend höherer Betrag als vorgesehen, umgewechselt werden, um auch weiterhin die Grundpension geben zu können. Aus diesem Grunde ist der Betrag bereits im Februar so ziemlich aufgebraucht und die Knappschaftsverwaltung hat auf Wunsch sämtlicher Arbeitnehmer-Vorstandsmitglieder an die zuständige Reichsstelle den Antrag gestellt, weitere Mittel zwecks Sonderunterstützung der knappschaftlichen Rentenempfänger zur Verfügung zu stellen. Die Bergarbeiter-Gewerkschaften haben dies ebenfalls getan und es wird erhofft, daß die zuständigen Reichsbehörden die vorgebrachten Wünsche nicht unbeachtet lassen werden.

Aus den Beschlüssen der Generalversammlung vom 28. Dezember 1926 wurde unter anderm mitgeteilt, daß die Anträge, die die Knappschaftsältesten durch ihre Gewerkschaft stellen ließen, besonders die Anträge betreffend Erhöhung der Pensionen und des Krankengeldes vom Arbeitgeber abgelehnt worden sind. In

der betreffenden Generalversammlung waren in Beziehung auf Erhöhung des Sterbegeldes, auf Zulassung von Frauen-, Kinder- und Nervenärzte zur Familienkrankenbehandlung, auf Berechnung sämtlicher Leistungen nach den zurzeit geltenden Steigerungssätzen usw. Zusagen gemacht wurden, die jedoch später widerrufen wurden, da eine ordnungsgemäße Beschlußfassung über diese Anträge angeblich nicht erfolgt sei. Der Vorstand befaßte sich daher erneut mit diesen Anträgen und legte seine Auffassung in einer besonders formulierten Auffassung nieder.

Die Aufschließung des Westfeldes der Grube Velsen ist jetzt erneut in Angriff genommen worden. Schon von 20 Jahren wurde seitens der Berginspektion I, Ensdorf, im Großrosseler Wald ein Schacht abgeteuft, der bei 60 Meter Teufe wegen der außergewöhnlichen Wasserzuflüsse eingestellt werden mußte. Neuere Bohrungen im Großrosseler Banne und im Warndtwalde wiesen das Vorhandensein zahlreicher und mächtiger Kohlenflöze von guter Beschaffenheit nach. Von Grube Velsen aus hat man von Querschlag 1, der zweiten Sohle, aus dieses Feld — das Westfeld — aufzuschließen versucht. Große Schlagwetterausströmungen aus den stark verworfenen Gebirgsschichten haben die französische Bergverwaltung gezwungen, den von der preußischen Verwaltung begonnenen Plan nicht zur Ausführung zu bringen und die Versuchsstrecke wieder zuzuspülen. Es ist nun ein Plan in Aussicht genommen, bei den früheren Bohrlöchern im Großrosseler Wald einen neuen Schacht abzuteufen, vielleicht eine größere Anlage dort zu schaffen. Zu diesem Zweck und um der neuen Anlage das Material zuführen zu können, wird das Sackgleise vom Großrolleler Bahnhof durch die Emmersweilerstraße weitergelegt. Ein Wohnhaus und eine Schmiedewerkstätte, die im Wege stehen, werden niedergelegt, wenn die als Ersatz für den Besitzer jetzt im Bau sich befindlichen Gebäude fertiggestellt sind und bezogen werden können.

Neuerschließungsarbeiten am Ostschacht der Gruben Klarenthal. Die vor einigen Jahren wieder neu in Angriff genommenen Aufwältigungs- und Neuerschließungsarbeiten der Fettkohlenpartie der Grube Klarenthal haben einen derart günstigen Verlauf genommen, daß vor mehr als Jahresfrist die Fettkohlenpartie am Ostschacht der Grube Klarenthal zur selbständigen Grubenabteilung erhoben wurde. Die eigentliche Ausdehnung des in Aus- und Vorrichtung, sowie bereits teilweise in Abbau befindlichen Feldes erstreckt sich vorwiegend auf die sogenannte Sattelpartie, die bei 540 Meter neu angefahren worden ist und mit den 1914 in Brand geratenen Feldesteilen keine direkte Verbindung hat, da das alte Brandfeld noch größtenteils unter Wasser steht. Mit dieser fortschreitenden Entwicklung hat sich auch die Belegschaft vergrößert, deren Stand heute bereits 1200 Mann überschritten hat.

Opfer französischen Raubbaues. Auf Grube Heinitz erlitt der Bergmann Johann Griesbach in St. Ingbert durch niedergehendes Gestein einen Beckenbruch. Ferner verunglückten der Schlepper Jakob Körner aus Saarwellingen auf Grube Velsen (tödlich), der Hauer Max Salzmann aus Quierschied auf Grube Göttelborn (kompletter Unterschenkelbruch), der 21 Jahre alte Bergmann Jakob Erner aus Saarwellingen auf Grube Velsen (tödlich), der 19 Jahre alte Schlepper Heinrich Zell aus Altenkessel auf Grube von der Heydt (schwere innere Verletzungen), der Bergmann Heinrich Mang aus Güchenbach auf der gleichen Grube (kompletter Fußknochenbruch), Bergmann Alois Schwarz in Mittelbexbach auf Grube Dechen (Quetschungen beider Beine).

Für Vorbereitungen zum „Stürzen" von Kohlen hat die französische Grubenverwaltung an sämtliche Gruben Anweisung ergehen lassen. Danach zu schließen, so schreibt man hierzu der „Saarbrücker Zeitung" aus Bergmannskreisen, scheint sich die englische Konkurrenz bereits fühlbar zu machen. Wichtiger als dieser Einfluß auf die Absatzmöglichkeiten dürfte jedoch das Steigen des Frankenkurses in den letzten Monaten sein. Mit dieser Aufwärtsbewegung des Franken ist der Verkaufspreis der Kohlen in Goldwährung im gleichen Maße gestiegen. Und diese Uebersteigerung der Kohlenpreise wurde durch die jüngst in der Presse bekanntgegebene Preisermäßigung keineswegs ausgeglichen. Im Gegenteil, da in den kommenden Monaten der englische Wettbewerb erst voll zur Auswirkung kommen wird, muß sich Frankreich, wenn es nicht seiner ganzen Absatzgebiete verlustig gehen will, zu einer ausreichenden Herabsetzung der Kohlenpreise entschließen. Es ist stets leichter, Absatzgebiete zu halten als neue zu gewinnen oder verloren gegangene wieder zu gewinnen.

In manchen Köpfen taucht freilich auch die Frage auf, ob das angeordnete „Stürzen" vielleicht noch nicht mit dem Rückgang des Kohlenabsatzes zusammenhängt, sondern vielleicht eine Vorbereitungsmaßnahme für bevorstehende Kämpfe mit der Bergarbeiterschaft sein soll. Hoffentlich überlegt sich aber die Bergwerksverwaltung sehr genau, ob sie in dieser Zeit des verstärkten Kohlenwettbewerbs einen längeren Ausfall an Produkten ertragen kann, ohne Absatzgebiete zu verlieren und in ein rettungsloses Defizit zu kommen.

Kirche und Schule.

Der 19. Delegiertentag des Katholischen Lehrerverbandes für das Saargebiet beschäftigte sich mit verschiedenen Berufs- und Standesfragen. Es wurde u. a. mitgeteilt, daß es der Stellungnahme des Verbandes zu danken ist, daß die geplante pädagogische Akademie für das Saargebiet nicht zur Ausführung gekommen ist. Die katholischen Abiturienten der saarländischen Studienanstalten könnten daher ihre Lehrervorbildung an der Staatlichen Akademie in Bonn vollenden und fänden bei der Aufnahme besondere Berücksichtigung. Was den fakultativen französischen Unterricht betrifft, so steht der Verband nach wie vor auf dem Standpunkte, daß dieser in einem Grenzgebiete wie das Saargebiet wohl seine Berechtigung habe, daß er aber nur an hierzu befähigte Kinder und außerhalb des schulplanmäßigen Unterrichts erteilt werden solle.

Vom „Bund der Saarvereine".

+ **Die Württembergische Saarvereinigung,** Sitz Stuttgart, Landesgruppe des Bundes der Saar-Vereine, beteiligt sich am 1. Februar an einem Vortragsabend des Württembergischen Bundes für Grenz- und Heimatschutz Stuttgart. Z. D. Freiherr von Rheinbaben, M. d. R., sprach über „Deutschland und der Völkerbund". Er behandelte hierbei vor allem die Frage, welche Bedeutung der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund für die besetzten und von Deutschland abgetrennten Gebiete haben. Freiherr von Rheinbaben gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Völkerbundes von 1920 bis 1927, die gezeigt habe, daß der Völkerbund noch bei weitem nicht zu der neutralen Instanz gestaltet wurde, die, über dem Streit der Völker stehend, lediglich dem Frieden dienen wolle. Für Deutschland gilt es, im Völkerbund für die deutschen nationalen Interessen zu wirken. Dazu muß sich Deutschland nach Freunden und Gesinnungsgenossen umsehen, die kein Interesse an der Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages haben. Was der Völkerbund bisher geleistet hat, ist gleich Null. Wo immer es galt, das Recht der kleinen unterdrückten Staaten zu stützen gegen die Politik der großen, da hat der Völkerbund noch immer versagt. Das gilt von bestimmten Vorgängen in Litauen und Lettland ebenso wie jetzt mit England und China. Deutschland ist in den Völkerbund eingetreten, um neben den Völkerbundsarbeiten die deutschen nationalen Interessen zu wahren. Der Redner wies dann auf die Abrüstungsfrage hin, die Deutschland veranlassen wird, sie immer wieder in den Vordergrund der Völkerbundserörterungen zu stellen, da die allgemeine Abrüstung nach den Versailler Bestimmungen eine zwingende Folge der deutschen Entwaffnung sein muß. Weiter nannte der Redner die Minderheitenfrage, für die Deutschland sich mehr noch als bisher einsetzen wird. Millionen Deutscher in den abgetrennten Gebieten sind fremden Staaten ausgeliefert worden. Zwar sind Minderheitenschutzverträge abgeschlossen worden, doch genügt allein schon der Hinweis auf Polen, daß die in Frage kommenden Staaten diese Verträge mit Füßen treten. Der Redner hofft, daß mit dem deutschen Eintritt in den Völkerbund, der Schutz der nationalen Minderheiten nicht mehr von der Tagesordnung des Völkerbundes verschwinden wird. Schließlich nannte Abgeordneter von Rheinbaben als weiteres Ziel der deutschen Völkerbundspolitik die Freiheit am Rhein und an der Saar, d. h. die vollkommene Wiederherstellung der deutschen Souveränität auf deutschem Boden, aber nicht nur die Besatzungsfrage, sondern auch die Reparationsfrage müssen eine endgültige Regelung erfahren. Die Ausführungen des Redners wurden von der Versammlung beifällig aufgenommen.

Saar-Verein, Ortsgruppe Karlsruhe. Die Jahresversammlung fand am 26. Januar in der Restauration „Zum Klapphorn" statt. Der I. Vorsitzende, Kaufmann Hans Neurohr, erstattete den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, aus welchem zu entnehmen war, daß die Ortsgruppe sehr ersprießliche Aufklärungsarbeiten über das Saargebiet geleistet hat. Unter den Veranstaltungen traten ganz besonders hervor der Lichtbildervortrag am 24. Januar „Land und Leute an der Saar", gehalten durch Herrn Regierungsrat Dr. Metz, Karlsruhe, und der Lichtbildervortrag am 4. Dezember „Das schöne Land an der Saar", gehalten durch Herrn Dr. Kloevekorn, Saarbrücken. Beide Vorträge waren sehr gut besucht. Der Höhepunkt der Veranstaltungen des Jahres 1926 bildete der kulturelle Saar- und Pfalzabend am 9. Oktober im Bürgersaale des Rathauses, bei dem Herr Justizrat Dr. Röhrig aus Frankental die kulturelle Bedeutung des Saargebietes und der Pfalz in längeren Ausführungen eingehend beleuchtete. In Gemeinschaft mit dem

Pfälzerwald-Verein, Schwarzwaldverein und Verkehrsverein fand im Anschluß an diese bedeutungsvolle Veranstaltung, Sonntag, den 10. Oktober, eine Wanderung nach Schloß Eberstein statt, woselbst außer anderen Rednern auch Herr Redakteur Bauer aus Neunkirchen (Saar) auf die unrechtmäßige Besatzung des Saargebietes zu sprechen kam. Außerdem fand mit den befreundeten vorgenannten Organisationen eine Herbstfahrt in die Pfalz nach Edenkoben und St. Martin am 7. November statt. Dieser Ausflug bezweckte die guten Beziehungen zwischen Baden einerseits und der Pfalz und der Saar andererseits aufs neue zu festigen. Ganz besonders verdanken wir diese Bestrebungen dem Karlsruher Verkehrsverein. Der nach diesem Bericht von dem Kassierer Herrn Paul Voigt erstattete Kassenbericht wurde nicht beanstandet, aber von der Versammlung heraus dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß sich noch alle fernstehenden Saarländer, Pfälzer und Rheinländer als Mitglied der Ortsgruppe anschließen möchten. Hierdurch würde nicht allein die Kasse besser gestellt, sondern auch die Organisation gekräftigt. Sie dienen sich dadurch selbst auch am besten und helfen uns helfen, das unsere Brüder und Schwestern so schwer betroffene Los, an Saar und Rhein, erleichtern Aber auch jeder andere Deutsche hat die Berechtigung, Mitglied des Saarvereins zu werden und bitten wir um Anmeldung bei der Geschäftsstelle, Schützenstr. 12a, Telephon 2863. Jahresbeitrag 6 Mark für Einzelmitglieder und 15 Mark für korporative Mitglieder. Bei der nun vorgenommenen Vorstandswahl wurden einstimmig gewählt: Herr Kaufmann Hans Neurohr als I. Vorsitzender, Herr Kaufmann Albert Lehnert als II. Vorsitzender, Herr Malermeister Math. Kohlborn als I. und Herr Druckereibesitzer Georg Seiler als II. Schriftführer. Herr Versicherungsbeamter Paul Voigt als I. und Herr Schreinermeister Josef Maurer als II. Kassierer, Geschäftsführer Johannes und Frau als Beisitzer. Auf Antrag des Vorstandes wurde Herr Regierungsrat Dr. Metz für seine verdienstvolle Mitarbeit an der Saarsache einstimmig zum Ehrenmitgliede der Ortsgruppe ernannt. Der in Aussicht genommene Dankbesuch in Saarbrücken ist nunmehr endgültig auf den 7. und 8. Mai 1927 festgesetzt. Zu demselben haben bereits ihre Beteiligung zugesagt: Der Pfälzer-Waldverein, Verein der Rheinpfälzer, Schwarzwaldverein, Verkehrsverein und Trachtenverein Gutach. Weitere Anmeldungen werden von Karlsruher Vereinen gerne entgegengenommen und wird um allseitige Unterstützung gebeten. Nachdem die reichhaltige Tagesordnung erledigt war, trat auch der gemütliche Teil in seine Rechte und hat hierbei das Quartett der Liederkranz-Hauskapelle Herr Neck und Herr Volk (Max und Moritz) sowie die Herren Keller und Freisinger durch musikalische Darbietungen zur Unterhaltung sehr viel beigetragen. Ebenso hat Herr August Spieß wieder einmal mit seinem urwüchsigen Humor die Versammelten aufs Beste unterhalten.

Die Ortsgruppe Bottrop des Bundes der Saarvereine hatte am 23. Januar ihre Mitglieder zur Jahresversammlung zusammenberufen. Nachdem die Versammlung von dem I. Vorsitzenden, Herrn Geibel, eröffnet war, wurde die Tagesordnung bekanntgegeben. Sodann gab Herr Geibel Aufklärung über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft, sowie über die Tätigkeit des Vorstandes unserer Ortsgruppe seit der letzten Versammlung. Hierauf wurde von dem 1. Schriftführer, Herrn Hoff, der Jahresbericht bekanntgegeben, welcher in allen Punkten die Zustimmung der Mitglieder erhielt. Es folgte daraufhin der Kassenbericht, welchen Herr Müller eingehend darlegte, worauf zwei Kassenrevisoren gewählt wurden. Der Kassenbericht, sowohl wie der Kassenbestand wurden von den Revisoren für richtig befunden und dem Vorstande wurde daraufhin in allem Entlastung erteilt. Damit war die Tätigkeit des bisherigen Vorstandes beendet und es wurde zur Neuwahl geschritten. Herr Geibel gab darauf die Erklärung ab, daß er die Geschäfte der Ortsgruppe nicht mehr weiterführen könne, da er am 1. März d. J. zur Saarheimat zurückkehre, was die Versammlung mit großem Bedauern zur Kenntnis nahm. Leider verliert unsere Ortsgruppe in Herrn Geibel eine äußerst tüchtige Kraft, welche es verstanden hat, die Geschäfte der Ortsgruppe in mustergültiger Weise zu führen, und sie auf die heutige Stärke zu bringen. Es folgte nunmehr die Neuwahl des I. Vorsitzenden und Herr H. Momper, welcher bisher den II. Vorsitz innehatte, wurde einstimmig zum I. Vorsitzenden gewählt. Als II. Vorsitzender wurde Herr Peter König ebenfalls einstimmig gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden seitens der Versammlung einstimmig wiedergewählt. Sämtliche Herren nahmen die Wahl an, so daß der Vorstand sich wie folgt zusammensetzt: I. Vorsitzender: Herr H. Momper, Bottrop. I. Schriftführer: Herr P. Hoff, Bottrop. I. Kassierer: Herr A. Müller, Bottrop. II. Schriftführer: Herr A. Lang, Bottrop. II. Vorsitzender: Herr P. König, Bottrop. Beisitzer: Herr Josef Leist, Herr Jakob Schmidt. Herr Hayo dankte darauf dem alten Vorstande für die bisher geleistete Arbeit. Hierauf ergriff Herr Geibel nochmals das Wort und dankte allen für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, sowie für die Mitarbeit aller Mitglieder. Seine weiteren Ausführungen, von dem Wunsche des entgültigen Gelingens unserer Sache, unter dem Wahlspruch: Deutsch die Saar, immerdar, durchglüht, fanden brausenden Beifall. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten fand die Versammlung gegen 9 Uhr ihren Abschluß, was uns jedoch nicht davon abhielt, noch einige Stunden gemütlichen Beisammenseins zu verbringen, wobei manch schöne alte Erinnerung wachgerufen wurde.

§ **Ortsgruppe Dortmund.** Zu einer eindrucksvollen Weihnachtsfeier gestaltete sich die Ortsgruppenversammlung vom 9. 1. 1927, die sehr gut besucht war. Sie wurde mit warmen Begrüßungsworten von Herrn Berkessel, der in Vertretung der beiden verhinderten Vorsitzenden die Versammlung leitete, eröffnet. Nach einem Musikvortrag des Bläserchors Dortmund trug Frl. Anna Lepp einen Prolog: „Heilige Nacht" in stimmungsvoller Weise vor. Das darauffolgende Weihnachtszwiegespräch von Heinz Soetebeer und Walter Pietz vorgetragen, hinterließ einen sehr guten Eindruck. Ferner machte sich um die Weihnachtsfeier sehr verdient Lieselotte Schneider, die das Gedicht „Der Weihnachtsengel" in bester Weise zum Vortrag brachte. Das hierauf aufgeführte Weihnachtsstück: „Kinderweihnacht oder Knecht Ruprecht auf der Straße", löste viel Freude und guten Eindruck aus und es war allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, als Herr Berkessel den Mitwirkenden für ihre gute Leistungen wärmsten Dank sagte. Viel Freude löste auch die nun folgende Bescherung der Kinder aus. Nach der Bescherung der Kinder meldeten sich eine Anzahl der beschenkten Kleinen, um durch Vortrag eines hübschen Gedichtes ihren Dank dem Verein zum Ausdruck zu bringen. Herr Berkessel dankte den Kleinen für ihre Vorträge sowie dem Dortmunder Bläserchor, der sich dem Verein in uneigennütziger Weise zur Verfügung gestellt habe. Es folgten Vorträge auf Klavier und Geige. Nachdem sich auch die männliche Jugend durch verschiedene Gedichtsvorträge erkenntlich gezeigt hatte, richtete Herr Berkessel zum Schluß mahnende Worte an die Anwesenden, auch in Zukunft so zahlreich zu den Monatsversammlungen zu erscheinen, die dann vielmehr zum Zusammenschluß der Landsleute beitrügen.

Bücherbesprechungen.

„Ostdeutscher Heimatkalender" 1927. 6. Jahrgang. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W 9, Potsdamer Str. 14. 160 Seiten, mit reichem künstlerischen Schmuck. Preis 1,50 M. Der „Ostdeutsche Heimatkalender" ist für das kommende Jahr gemeinsam vom Deutschen Ostbund und den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier herausgegeben worden. Als Kunstbeilagen bringt er diesmal vier von Wilhelm Lenz gezeichnete Köpfe berühmter Ostmärker: Kopernikus, Comenius, Kant, Eichendorff; bemerkenswert sind ferner Zeichnungen von Robert Budzinski und Ragimund Reimesch. Der vielseitige Inhalt des Kalenders weist Beiträge über das Deutschtum des gesamten Ostens vom Baltischen Meer bis nach Siebenbürgen auf. Besonders berücksichtigt wurden naturgemäß die entrissenen Ostlande. Mag der schöne und reichhaltige Kalender nicht nur unter dem Deutschtum der alten und neuen Ostmark Verbreitung finden, sondern darüber hinaus im In- und Ausland für die Schönheit und urdeutsche Kultur des Ostens werben.

In **Berlin** berufstätiger Akademiker, Saarländer, sucht für **sofort**

freundliches, ruhiges, möbliertes Zimmer

in landsmännischen Kreisen. Evtl. Vorstadt mit bequemer Verbindung nach Friedrichstraße 230.

Ausführl. Angebote evtl. telephonisch an die Geschäftsstelle „Saar-Verein".

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder" Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243 — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Reurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.